

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069A, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 76.

Dienstag, den 2. April 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zur Lage der ländlichen Arbeiter.

Von Richard Calwer.

Es ist ein für den Gesamt-Arbeitsmarkt überaus nachteiliger Umstand, daß das Lohnniveau auf dem Lande bis zu einem Drittel und darüber weniger beträgt als in den Städten und in den gewerblichen Zentren. Gegenüber dieser allgemein anerkannten Tatsache wird nun ins Feld geführt, daß auf dem Lande auch die Haushaltskosten entsprechend niedriger seien als in der Stadt. Bis zu einem gewissen Grade ist es allerdings richtig, daß das Leben auf dem Lande billiger ist als in der Stadt. Aber eines fällt doch auf: der Abstand zwischen den Warenpreisen in Stadt und Land hat innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit sehr zu Ungunsten des platten Landes abgenommen, ja es ist nicht mehr so selten, daß ländliche Arbeiter allen Ernstes behaupten, in der Großstadt lebe man billiger als bei ihnen draußen in kleinen Orten.

Man traut kaum seinen Ohren, wenn man vernimmt, in welchem Grade in kurzer Zeit die Lebensmittelpreise in die Höhe gegangen sind: Eier kosten 9 Pfg., das Stück, Schweinefleisch ist so teuer wie in den Städten, vereinzelt sogar noch teurer; Brot ist im Preise gestiegen, ebenso auch Mehl, Butter etc. Auch die Mieten lassen deutlicher Steigerungen erkennen und andere zum Leben und im Haushalt nötige Waren kann man in der Großstadt schon längst billiger und besser erstehen als in kleinen Orten, so namentlich Kleider, Wäsche, Schuhwerk, Möbel etc. Bis zu einem gewissen Grade sind so zurzeit in vielen ländlichen Gegenden für den, der alles zum Leben Nötige kaufen muß, die Waren ebenso teuer wie in der Stadt.

Daraus resultiert, daß die Lebenshaltung bei dem niedrigen Lohnniveau auch entsprechend schlechter und beschwerlicher ist. Während in den Großstädten und gewerblichen Zentren die wirtschaftliche und auch die soziale Lage der Arbeiter sich seit etwa zwei Jahren trotz aller Preissteigerungen merklich gebessert hat, findet man auf dem Lande höchstens insofern einen Unterschied gegen die letzte Zeit des gewerblichen Niederganges, nämlich den, daß die Arbeitsgelegenheit recht ansehnlich zugenommen hat. Auch Lohnaufbesserungen sind, sogar ziemlich allgemein, erzielt worden, aber sie reichen knapp aus, um die Wirkungen der Lebensmittel-, namentlich der Fleischteuerung voll auszugleichen. Denn selbst eine Lohnsteigerung von 5 und 10 Prozent will bei den niedrigen Lohnsätzen, die für das platte Land gelten, im Vergleich zu den Steigerungen der Warenpreise, nur wenig belegen.

Erwachsene männliche Arbeiter mit einem täglichen Verdienst zwischen 1,50 bis 2 Mk. bilden in manchen Gewerben schon das Gros der Beschäftigten. Für alle diese macht ein Aufschlag von 10 Pfg. in der Woche nur 0,90 bis 1,20 Mk. Mehreinnahme aus, die gegenüber den häufig exzessiv gestiegenen Lebensmittelpreisen kaum ins Gewicht fallen. Der ganze wirtschaftliche Aufschwung brachte bis jetzt dem Arbeiter auf dem platten Lande nur geringe Vorteile. In keiner einzigen Periode der letzten dreißig Jahre sind auf dem platten Lande die Lebensmittelpreise so ungewöhnlich und rasch in die Höhe gegangen wie gerade in den allerjüngsten Jahren.

Die Wirkungen dieser Preissteigerung werden von den betroffenen Arbeitern sehr lebhaft empfunden; sie merken, daß sie selbst bei steigenden Löhnen gegen bisher kaum voran kommen. Es ist daher ganz begreiflich, wenn die ländlichen Arbeiter, soweit sie auf dem gewerblichen Arbeitsmarkte ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, in großen Scharen sich den gewerkschaftlichen Organisationen zugewandt haben. Man staunt vielfach über die gewaltigen Fortschritte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung auf dem platten Lande.

Woher rührt denn auf einmal dieses Interesse für den beruflichen Zusammenschluß, gegen den noch vor wenigen Jahren gerade in diesen Kreisen eine große Gleichgültigkeit, ja sogar eine gewisse Abneigung herrschte? Man versteht dieses Aufblühen der Gewerkschaften erst, wenn man die zunehmende Spannung, die zwischen Löhnen und Lebensmittelpreisen auf dem Lande entstanden ist, in ihrer Wirkung auf die Arbeiter ins Auge faßt.

Noch schlimmer ist es freilich um die Arbeiter in der Landwirtschaft bestellt, deren Lohnniveau noch immer einen für die heutigen Verhältnisse gänzlich unzureichenden Stand zeigt. Auch in diesen Kreisen wird die ganze Misere des bestehenden Zustandes empfunden; aber diese Arbeiter können nichts machen, da sie sich einer Organisation nicht anschließen dürfen, sie haben noch kein Koalitionsrecht. Selten wohl ist der Mangel eines solchen in den betroffenen Kreisen so scharf empfunden worden, wie gerade gegenwärtig. Denn an dem Rückhalt, den die ländlichen gewerblichen Arbeiter an ihren Organisationen haben, erkennen die landwirtschaftlichen Arbeiter

in nächster Nähe den großen Wert einer beruflichen Vereinigung.

Sie sehen, wie an kleinen Orten die Arbeiter einer Branche Lohnforderungen stellen, wie es zum Streik kommt, wie der Streik dank der gefestigten Organisation durchgehalten wird, und die Arbeitgeber vielfach klein belgeben müssen. Da entsteht ganz von selbst bei den landwirtschaftlichen Arbeitern das Verlangen nach ähnlichen Organisationen, um auch bestimmend auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einwirken zu können. Ist dieses Verlangen erst einmal geweckt, dann wird es aber mit steigender Lebhaftigkeit nach seiner Erfüllung drängen. Das Koalitionsverbot für die Arbeiter in der Landwirtschaft muß fallen, es wird auch fallen, sobald erst die landwirtschaftlichen Arbeiter selbst sich für die Erlangung des Koalitionsrechts ins Zeug legen. Und es sieht jetzt auf dem Lande so aus, als ob diese Zeit des Strebens gekommen sei.

Es wäre für Deutschland ein ganz immenser wirtschaftlicher, sozialer und auch politischer Fortschritt, wenn das Koalitionsrecht auf den gesamten deutschen Arbeitsmarkt ausgedehnt würde. Etwa die Hälfte der Arbeiter steht bisher noch außerhalb dieses Rechtes und bildet damit einen Hemmschuh für den eigenen, so indirekt aber auch für den Fortschritt der gewerblichen Arbeiterschichten. Denn wie ein Bleigewicht lastet auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt der ständige und starke Zuzug vom platten Lande mit seinen noch so niedrigen Lebens- und Lohnansprüchen. In diesem Punkte Wandel zu schaffen, ist eine Aufgabe von großer Tragweite für die deutsche Arbeitsmarktpolitik. Sie kann nur gelöst werden unter aktiver Mitwirkung der ländlichen und hier hauptsächlich wieder der landwirtschaftlichen Arbeiter. Es scheint, als ob die Arbeiter auf dem Lande, soweit es sich um ihre eigenen Interessen handelt, die Bedeutung der Aufgabe rascher begriffen, als es manche Pessimisten erwarten.

Eine Importillige des Reichsverbandes.

Die Reichsverbändler haben den Freihandel auf ihr Programm gesetzt — den Freihandel der Lüge. Neben das auf dem heimischen Markte gewachsene Produkt tritt die Blüte der ausländischen Düngergarbe. Ihre Schamlosigkeit kennt keine Schranken, auch keine Grenzschranken, und die bürgerliche Presse öffnet begeistert ihre Spalten den aus dem Ausland kommenden Lügen. Sie schreibt:

Mordanschlag als sozialdemokratisches Kampfmittel.
Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der von Bebel so viel gepriesenen französischen Republik mehrten sich die Gewalt- und Schandtat der „Genossen“ von Tag zu Tag. Welche Blüten dort die die Massen verheerende Tätigkeit der Sozialistenführer zeitigen, beweist das in allerletzter Zeit an dem Sohn des gelben Nationalökonom Paul Leroy-Beaulieu in Montpellier (Frankreich) anlässlich der letzten Wahlen verübte schauerhafte Attentat. Darüber schreibt die „Gelb. Arbeiterztg.“ in Nr. 32 vom 9. März 1907 folgendes:

„Sechs Genossen lauerten in einem Dicht einen ganzen Tag auf das Vorbeifahren des Kandidaten Leroy, um ihn meuchlings zu ermorden. Als derselbe mit seinem Wagen die Stelle passierte, knallten aus dem Dicht heraus vier Schüsse, von denen nur einer ihn in den Unterarm traf. Inzwischen ist der gelbe Kandidat mit großer Mehrheit gewählt.“

Es liegt nicht an dem Willen der ihrem politischen Gegner nach Wegelagererart aufzuarbeitenden Sozialdemokraten, wenn das Attentat nicht tödlich verließ. Der nichtswürdige Mordversuch zeigt aber mit erschreckender Deutlichkeit, was für Früchte die systematische Aufstachelung der niedrigsten Leidenschaften und Erziehung zum Verbrechen durch die Sozialdemokratie schließlich zeitigen muß. Mord- und Totschlagversuche gegenüber Arbeitswilligen seitens fanatisierter „Genossen“ gehören ja auch bei uns nicht mehr zu den Seltenheiten!

An der ganzen Mordgeschichte ist folgendes wahr: In Montpellier hat wirklich Herr Pierre Leroy-Beaulieu kandidiert, der Sohn des Nationalökonom Paul Leroy-Beaulieu. Dieser ist einer der letzten Vertreter des reinen Manchesterliberalismus, der klassischen Unternehmerrhetorik in Frankreich. Wenn ihn die Gewährsmänner der bürgerlichen Blätter zum „gelben“ Nationalökonom ernennen, so ist gegen das darin enthaltene Bekenntnis, daß die „Gelben“ nur Werkzeuge der Kapitalisteninteressen sind, nichts einzuwenden. Aber es ist nicht nur nicht gewiß, daß „sechs Genossen“ die Urheber des Attentats waren, sondern nach der ganzen Sachlage so gut wie ausgeschlossen. Das Mandat Leroy-Beaulieus war von der radikalen Kammermehrheit für ungültig erklärt worden. In der Nachwahlcampagne hatte Leroy-Beaulieu zwei Gegner: den blutigen Radikalen Lauréant und den Sozialisten Reboul. Der eigent-

liche Wahlkampf spielte sich zwischen dem „gemäßigten“ und dem radikalen Kandidaten ab. Die sozialistische Kandidatur war von vornherein aussichtslos und überhaupt nicht viel mehr als eine Zählkandidatur. Sie erregte aber ganz besonders die Wut der Radikalen, die Genossen Reboul wegen des angeblichen Bruches der „republikanischen Solidität“ sogar in der gemeinsten Weise angegriffen und verleumdete. Sie schreckten auch nicht vor Gewalttätigkeiten gegen die sozialistischen Propagandisten zurück. Die Attentäter sind bis heute unentdeckt geblieben und man hat noch nicht die geringste Spur von ihnen, aber es fehlt jeder zureichende Grund dafür, daß es Sozialisten gewesen sein sollen, die den reaktionären Kandidaten angefallen haben sollen, da sich die ganze Wahlagitation der sozialistischen Partei weniger um die Person des durchgehenden Abgeordneten drehte, als darum, die Stärke der sozialistischen Minorität im Wahlkreise festzustellen und zu vergrößern, ein Zweck, der denn auch vollauf erreicht wurde. Natürlich aber wäre es auch ungerecht, die verwerfliche Tat etwa der radikalen Partei in die Schuhe zu schieben. Man vergesse nicht, daß Montpellier im Süden liegt, im Land der Tarasconaden, wo die Leidenschaften oft aus geringfügigstem Anlaß in Stechhühner geraten und die Phantasie alle Dimensionen vergrößert. Doch nicht bloß ungerecht, sondern eine bewusste Gemeinheit ist die Art, wie die bürgerliche Presse das ganz im Dunkeln gebliebene Attentat als eine zweifellos von Sozialisten verübte Tat hinstellt. Die Wegelagererart“ und die „Nichtswürdigkeit“ ist allein auf der Seite der Entrüstungsheuchler. Wenn man aber von „Aufstachelung der niedrigsten Leidenschaften“ und „Erziehung zum Verbrechen“ zu sprechen anfangen wollte, müßte man mit der Agitation der „Gelben“ beginnen, der nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich Arbeitermorde zur Last fallen, wie die erst neulich vorgekommene Tötung eines sozialistischen Arbeiters in Fougères durch einen Anführer der „gelben“ Führer. Doch sind eigentlich die rohen und fanatischen „Gelben“, die wenigstens den Mut zu ihren Gewalttaten haben, noch Ehrenmänner gegen die schmieriger Geschäftskniff ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die geheimnisvolle Partei. Wir lesen in der „Berl. Volksztg.“: „Vor einigen Wochen machten wir Mitteilung von der beabsichtigten Gründung einer neuen sozialistischen Partei, die von Lübeck aus betrieben würde. Die Anonymität der Gründer, die an die Zeitungen ein phrasenreiches Programm in Broschürenform versandten, machte die Sache verdächtig. Anscheinend sollten die Revisionisten für die neue Parteigründung gewonnen werden. Es gelang trotz verschiedener Versuche nicht, hinter das Geheimnis zu kommen. Heute sind wir durch die Freundlichkeit eines Lesers unseres Blattes in die Lage versetzt, wenigstens den Namen eines der Begründer der neuen Partei mitteilen zu können.“

Danach schreibt ein Ingenieur Hallbach, der als seinen Wohnort Hamburg angibt, an einen wifbegierigen Frager:

„Die Anonymität soll nur zu nützlich beibehalten werden, wenigstens was die anderen — etwa 12 — Herren der „Vereinigung“ anbelangt.“

Es muß erst festgestellt werden, in welchem Umfange unsere Anregung Anklang findet.

Um die Sache anzugreifen, ist ungemein viel nötig. In etwa vier Wochen werden wir beurteilen können, wie man im Reiche sich zu dem Vorschlag stellt. Kommen wir zu der Partei, als diejenige große Volkspartei, der der fortschreitende sozialpolitische Liberalismus und der vollständige Sozialismus gleichermaßen zusteuern.“

Ich selbst reife momentan zu Unberührungszwecken.“

Wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir die Meinung aussprechen, daß die ganze Idee schon durch die Art, wie sie von den apokryphen Gründern angefaßt wird, im Keime erstickt worden ist. Der aus dem politischen Opportunismus scheint hier seine Hand im Spiel zu haben, so daß es sich kaum noch lohnen würde, an die Geschichte einen Quadratcentimeter Papier zu verschwenden.“

Die „Berl. Volksztg.“ hat zwar mit ihrem Schlußsatz vollständig recht! Dennoch aber ist es notwendig, daß speziell unsere Lübecker Genossen die Augen offen halten!

Herr Camp, reichsparteilicher Reichs-Bezirksbeauftragter, ist in den erblichen Adelsstand erhoben und ihm gleichzeitig die freiherrliche Würde verliehen worden. Welche Verdienste um das Vaterland hat denn Herr Camp auf dem Gewissen?

Die konservativ-liberale Paarung in der Praxis. Von dem Kreisverband des Kreises Memel im dem Verlage des „Memeler Dampfboot“ der Druck des

Memeler Kreisblatts zum 1. Juli d. Js. gekündigt worden. In dem Ründigungs schreiben heißt es: Bei der Stellungnahme des Memeler Dampfbootes gegen die königliche Staatsregierung in der Angelegenheit der Eisperre des hiesigen Hafens läßt sich die Gemeinschaft desselben mit dem Kreisblatt, welches zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staatsregierung und ihrer Organe bestimmt ist, nicht vereinigen. Das betreffende Blatt bemerkt hierzu: „Wir können uns leider dem Gedanken nicht verschließen, daß, wenn Herr Gutsbesitzer Krause-Dawillon (Der konservative Kandidat. Red. d. L. B.) in den Reichstag gewählt worden wäre, der Druck des Dampfbootes und des Kreisblatts in einer Druckerei noch weiter gegangen wäre. Die Herren vom Lande sind aber verschnupft, daß es dem „Memeler Dampfboot“ gelungen ist, dieses Mal den liberalen Kandidaten durchzubringen und da versucht man ihm Steine in den Weg zu werfen. In diesem Falle paßt es den Herren vom Lande, die Regierung vorzuschreiben; wenn aber in den konservativen Blättern die Maßnahmen der Ministerien in der schärfsten Weise heruntergerissen werden — dann Bauer ist das etwas ganz anderes. Das „Memeler Dampfboot“ hat es in Wahrnehmung vitalster Interessen der Bewohner der Stadt gewagt, an den Maßnahmen der lokalen und Provinzbehörden in Sachen der Eisperre Kritik zu üben. Das ist unerhört, das muß „bestraft“ werden, da kündigt man das Kreisblatt und — das Vaterland ist gerettet. Eine famose Illustration zu der konservativ-liberalen Paarung.“

Wegen Arbeitsüberhäufung soll der Reichs- und Landtagsabgeordnete Lattmann beabsichtigen, eines seiner beiden Mandate niederzulegen.

Sie einigen weiter. In Elberfeld sind die freisinnige Volkspartei und die nationalliberale Partei auf folgender Grundlage zu einer Verständigung gelangt: Es wird ein gemeinsamer Ausschuß von je drei Mitgliedern gebildet, dem das Recht zusteht, sich durch Zuwahl von Mitgliedern anderer liberaler Organisationen zu verstärken. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß die Organisationen der Parteien bei den Wahlen möglichst Hand in Hand arbeiten können, in Bezug auf ihre Stellungnahme auf politischem und kommunalem Gebiet eine Verständigung vorzubereiten, ohne in die Selbständigkeit der einzelnen Parteien einzugreifen, Maßnahmen anzulegen, die geeignet sind, den gemeinsamen Interessen des Liberalismus zu dienen, insbesondere die auf dem Boden dieser Vereinbarungen stehende Presse nach Möglichkeit zu fördern. — Weiß man jetzt, was sie wollen?

Major Fischer. Die Meldung, daß der Ehrenrat gegen Major Fischer auf schlichten Abschied erkannt habe, soll nicht zutreffen. — Wird man bald etwas Genaueres erfahren?

Die großen Redakteurgehälter am „Vorwärts“. Die Verschleuderung der Arbeitergroschen durch die Zahlung fürstlicher Gehälter an die Redakteure des „Vorwärts“ läßt die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nicht schlafen. Sie wollen dem Genossen Bebel, der in der Sitzung des Reichstags vom 19. März festgestellt hat, daß der „Vorwärts“ niedrige Redakteurgehälter zahle, nachweisen, daß seine Angaben nicht stimmen können. Zu diesem ehren Zwecke schreiben sie:

„Am 19. März sagte der Abg. Bebel im Reichstage nach dem „Vorwärts“ vom 20. März, Nr. 67: „Der „Vorwärts“ hat gegenwärtig 198 000 Abonnenten, und der bezahlte der zehn „Vorwärts“-Redakteure erhält 4500 Mk. und nicht 10 000 bis 16 000 Mk., wie manche bürgerlichen Chefredakteure.“ Wie stimmen diese Angaben mit denen überein, welche der Parteivorstand alljährlich im Druck seinen Genossen und — aller Welt unterbreitet?

„Auf Seite 47 des Protokolls steht die Abrechnung des „Vorwärts“ für 1905/06, also die, auf welche Bebel nun Bezug nehmen kann. Da finden wir unter „Ausgängen“: Mitarbeiter: Politik, Gewerkschaft, Versammlungen usw. 43 008 Mk., Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde 69 483,10 Mark! Der höchstbezahlte Redakteur, sagt nun Bebel, erhält 4500 Mk., der Mann für die juristische Sprechstunde soll ebensoviel erhalten. Ein guter Korrektor bekommt monatlich 150 Mk. Mag er beim „Vorwärts“ 200 Mk., also jährlich 2400 Mk. bekommen, so daß zwei Korrektoren 4800 Mk. erhalten. Das gäbe für diese vier Personen die Summen von 12 800 Mark, hoch gerechnet. Der Rest von den 69 483,10 Mk., also 56 683,10 Mk., muß demnach auf die übrigen bleibenden neun Redakteure fallen, wenn die Angaben des Parteiprotokolls richtig sind. Dann aber kämen auf jeden Redakteur nicht weniger als 4500 Mk., sondern 6176 Mk. Hier hat nun gestunert? Das Parteiprotokoll von 1906 in der „Vorwärts“-Abrechnung oder Bebel im Reichstag, denn beide Angaben können nicht richtig sein. Man kann aber daraus ersehen, wie notwendig es ist, in die Angaben der sozialdemokratischen Führer, die sie mit so großem Aplomb machen, Zweifel zu setzen und sie nachzuprüfen.“

Um dem albernem Gerede des Scharfmacherblattes ein Ende zu machen, wollen wir ihm folgendes mitteilen: Unter den 69 483 Mark befinden sich nur rund 47 700 Mark für Redakteurgehälter. Da aber der Jahresabschluss vom 1. Juli 1905 bis zum 1. Juli 1906 vorliegt, also gerade der Zeitraum, in dem der Redaktionswechsel im „Vorwärts“ fiel, enthalten diese 69 483 Mk. nicht das Gehalt für neun Redakteure, sondern für 17 Redakteure. Auf diese 17 Redakteure entfallen im ganzen 47 700 Mk. 17 Redakteure kommen deshalb heraus, weil der „Vorwärts“, den Redakteur für die Unterhaltungsbeilage mitgerechnet, elf Redakteure besitzt. Dazu kommen die sechs ausgeschiedenen Redakteure. Würde man 47 700 durch 17 dividieren, so käme ein Durchschnittsgehalt von 2 800 Mark heraus. Diese Durchschnittssumme ist aber zu niedrig, weil ein Teil dieser 17 Redakteure dem „Vorwärts“ nur für einen Teil des Jahres angehörte. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß in diesem Betrage sich auch die Ausgaben für die Vertretungen erkrankter Redakteure, für Ferien-Vertretung des verantwortlichen Redakteurs, sowie die Unzulänglichkeit der Entschädigung für mehrere neu eingetretene Redakteure befinden. Die übrigen 21 700 Mk. setzen sich aus folgenden Ausgaben zusammen: Gehalt für eine Stenotypistin 1500 Mk., Gehalt für 4 Korrektoren 10 700 Mk., Entschädigung für zwei Rechtsanwälte 3900 Mk., Gehalt für 2 Redaktionssekretäre 5600 Mk., in Summa also 21 700 Mk. — Die „Berliner Neuesten Nachrichten“

sehen also, daß nicht Bebel „gestunken“ hat, sondern daß sie selbst auf Grund einer ohne jede tatsächliche Grundlage vorgenommenen Wahrscheinlichkeitsberechnung dem Genossen Bebel in der fahrlässigsten Weise einen ehrenrührigen Vorwurf gemacht haben. Scharfmacher moral!

Ein schlichterer Kaiser und ein unverschämter Schmeichler. Seit je haben absolute Monarchen im Auslande Leute gefunden, die es sich zum Gewerbe machten, das Lob der fremden Herren zu singen. Auch Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. hatten ihre ausländischen Bewunderer. Aber den jetzt regierenden deutschen Kaiser ist in den ausländischen Blättern selten etwas zu lesen, was unseren Byzantinern Freude machen kann; ein großer Teil davon ist in Deutschland aus gesetzlichen Gründen nicht der Wiedergabe fähig. Herr Hurst erbringt nun im Pariser „Figaro“ den Beweis seiner Originalität, indem er sich gegenüber soviel tadelnden Stimmen als Lobredner und Bewunderer des deutschen Kaisers vorstellt. Eine „Dame aus Potsdam“ hat ihn befehrt. Ihr verdankt er auch die psychologische Analyse Wilhelms II., aus der hervorgeht, daß der Grundzug im Charakter des Kaisers die Schüchternheit sei. Die kluge Elisabeth aber, der Herr Hurst seine Kenntnisse verdankt, weiß alles und ist überall zu Hause. Sie trinkt ihren Morgenkaffee bei Hofe und nimmt ihr Abendbrot bei den „sozialdemokratischen Führern“ ein. Daher weiß sie genau, daß man „in der Umgebung der Parteiführer“ — sie scheint sich das Leben eines Parteiführers auch als eine Art Hochhaltung vorzustellen — sogar erklärt: „Wir sind glücklich, mit einem solchen Manne kämpfen zu müssen. Er ist eine außer gewöhnliche Persönlichkeit, die größte Vielleicht, die in Deutschland existiert hat.“ — Das wird nun aus Paris in Form von Anfragen nach Deutschland zurücktelegraphiert. Im „Figaro“ heißt's, Herr Hurst weiß es, und daß es von einer Dame aus Potsdam. In sozialdemokratischen „Führer“-kreisen hat man vor Kant, Goethe, Beethoven, Marx allen Respekt verloren. Man hält dort Wilhelm II. für den größten Mann, der jemals in Deutschland gelebt hat.

Förster oder Jagdhund? Am 1. April hatten sich die Königl. preussischen Forstbeamten zu entscheiden, ob sie Förster oder die Hunde des Herrn v. Arnim-Eriewen, des preussischen Landwirtschaftsministers, sein wollen. Herr v. Arnim-Eriewen verlangt von ihnen, daß sie an diesem Tage aus dem Verein preussischer Forstbeamten ausscheiden und das Abonnement auf die Wochenschrift für deutsche Förster aufgeben sollten, wenn sie nicht jeden Anspruch auf Alterszulagen, Stellenzulagen und Beförderung verlieren wollen. Die Wochenschrift hatte die Aufschrift eines Försters aufgenommen, worin dieser erklärt, falls die Regierung den Förstern keine Gehaltsaufbesserung zubilligte, würden sie bei den Reichstagswahlen ihren Einfluß zu Ungunsten der Regierung geltend machen. Der Leiter des Blattes und der Vorsitzende der Organisation, schließlich der Verfasser selbst glaubten ihre deutsche Mannessehre und die Würde ihres Standes nicht besser wahren zu können als dadurch, daß sie schleunigst reumütige Abbitte leisteten. Herr v. Arnim-Eriewen blieb aber trotzdem unerbittlich. Nun galt zum 1. April in vielen hundert deutschen Forsthäusern das Wort:

Und wer ein steiles Rückgrat hat,
Dem wird es jetzt gebrochen.

Den Konflikt, den die Förster in diesen Tagen innerlich auszukämpfen hatten, kennen auch die klaffenbewußten Arbeiter aus eigener Erfahrung sehr genau. Sie haben ihn nie in einer Weise ausgetragen, der den Ruf des deutschen Volkes im Auslande, ein unverbesserliches Knechtvolk zu sein, gerechtfertigt hätte. Die Demütigung, die der Herr v. Arnim-Eriewen seinen Bediensteten auferlegte, übersteigt das Maß des menschlich Erlaubten. — Hütet man so die „nationale Ehre“?

Rußland.
Die Parteien in der Duma. Die Parteien sind in der Reichsduma wie folgt verteilt worden: Auf der äußersten Linken sitzen 69 Sozialdemokraten, dann folgen 41 Sozialrevolutionäre, 19 Volks-Sozialisten, 16 Ukrainzer, 80 Trudowiki, 21 Kosaken, 38 Muselmanen, 46 Polnische Kolo, 88 Kadetten. Parteiloje Oktobristen und die Rechte haben insgesamt 102 Plätze.

Die Agrarfrage in der Duma. In der gestrigen Dumasitzung war am interessantesten die Verhandlung über die Agrarfrage. In der Ministerloge folgten Stolypin und der Minister für Ackerbau Wassiljtschikow aufmerksam den Rednern. Die Rechte entsandte als Redner den Fürsten Swiatopolk Mirski; seine Ausführungen gipfelten in dem Regierungsausspruch, daß das Recht des Privatbesitzes heilig sei; die Regierung müsse unbedingt den Großgrundbesitz schützen, der der Agrarfrage keinesfalls zum Opfer fallen dürfe. Sterbe der Gutsbesitzer, so sterbe auch die Kultur. Der Bauernstand sei die Herde, der Gutsbesitzer der Hirte, den sie nicht entbehren könne. Der sozialistische Redner Zeretelli wies auf die Entwicklung des Latifundienbesitzes hin. Die meisten Großgrundbesitzer hätten ihr Land von den Regierungen geschenkt erhalten; das geschenkte Land müsse nun auch gerechterweise den jetzigen Besitzern wieder abgenommen und der landarmen Bevölkerung überwiesen werden. Die Arbeiterpartei entwickelte ihr Projekt der Nationalisation. Jeder, der arbeiten wolle, solle so viel Land erhalten, und zwar unentgeltlich, wie er bedürfte nach gesetzlich bestimmten Abmessungen, da das Land der gesamten Nation gehöre. Der Führer der Kadetten, der frühere Landwirtschaftsminister Kuller erklärte, seine Partei sei ebenfalls für die Nationalisation; doch sei dieser ideale Gedanke unrealisierbar. Wenn aller Landbesitz an jeden verteilt werde, so würde die Bauernschaft um 30 Millionen Desjatinen zu kurz kommen. Der Privatbesitz müsse unbedingt erhalten werden. Die Bauern müßten allerdings befriedigt werden durch Verkäufe, die die Bauernbank vermitteln müsse, wobei der Desjatin Land höchstens 80 Rubel kosten dürfe. Der Minister für Landwirtschaft Wassiljtschikow würdigte keines der Projekte einer Antwort; (!!) er kündigte die Einbringung einer Regierungsvorlage an, wodurch eine segensreiche Epoche eintreten werde. (?) Nachdem mehrere Redner verschiedener Parteien sich über

die Agrarfrage geäußert haben, schilbert Korowaeu (Arbeiterpartei) die beklagenswerte Lage, in welcher der russische Bauer, insbesondere im Vergleich zu den Bauern in Deutschland, Frankreich und Dänemark lebt, Omorsky (Sole) besteht auf einer vollständigen Neugestaltung des politischen Regimes vor der Agrarreform, die insbesondere in Polen nur durch einen nationalen Landtag eingeführt werden könnte. In der Rednerliste zu diesem Gegenstande sind noch zahlreiche Redner verzeichnet. Bis zum Abend haben von den 115 Rednern, die zur Beratung über die Agrarfrage gemeldet sind, 18 gesprochen. Die Duma beschließt, bis auf weiteres die Montage der Beratung über diesen Gegenstand zu widmen. Heute beginnt die Budgetberatung. Der Finanzminister wird Erläuterungen über das Budget geben.

Denunziationen. In Petersburg wurden über 100 politisch verdächtige Personen infolge Denunziation verhaftet.

Unruhen im Petroleumrevier. Stolypin erhielt ein Telegramm aus dem Petroleumrevier, nach dem dort neue Unruhen ausgebrochen seien. Die Industriellen sehen sich gezwungen, 40 000 Arbeiter auszusperrn, was zu politischen Zwischenfällen führen dürfte.

Die Ermordung von Dr. Sollos. Die Untersuchung, betreffend die Ermordung des Dr. Sollos, wird energisch fortgeführt. Der Arbeiter Lebedew, der angeblich Sollos zweimal warnte, wurde verhaftet. Lebedew, der früher wegen Agitation unter den Fabrikarbeitern aus Moskau ausgewiesen war, trat dann als Agitator für den Verband der wahrhaft russischen Leute in dessen Dienste. Er bezeichnete gleichzeitig den verhafteten Rechtspraktikanten Alexandrow als Anstifter des Mordes.

Frankreich.
Udschda ist besetzt. Wie aus Paris berichtet wird, ist die marokkanische, an der Grenze von Algier gelegene Stadt Udschda Sonnabend vormittag um 10 Uhr ohne Widerstand von den Franzosen besetzt worden.

Rumänien.
600 Tote — 400 Verwundete. Bei Crevedia kam es zu einer heftigen Schlacht zwischen den aufständischen Bauern und den Truppen. Die Bauern griffen in heller Verzweiflung und tollkühn die Truppen an, die in Gefahr waren, von den revoltierenden Bauern umzingelt zu werden. Die schnell herbeigerufene Artillerie feuerte in die Menge und richtete ein großes Blutbad unter den Bauern an. Halbamtlich wird angegeben, daß hierbei 600 Bauern getötet und 400 verwundet wurden. Nach den wiederholten Salven der Artillerie flüchteten die Bauern, wobei sie von der Kavallerie verfolgt wurden, in die benachbarten Dörfer. — Aber den blutigen Zusammenstoß der Bauern mit dem Militär bei Crevedia werden furchtbare Details berichtet. Die Bauern besetzten unter Führung von zwei uniformierten Studenten Crevedia und feuerten auf das anrückende Militär aus Gewehren und Revolvern. Ein Major wurde erschossen.

Die Infanterie ging in Schwarmlinie gegen die Bauern vor. Bald entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht. Wiederholt suchten die Truppen mit Granatwerfern das Dorf zu stürmen; die Bauern warfen sich jedoch den Soldaten entgegen; selbst Frauen, die mit Senzen und Knütteln bewaffnet waren, beteiligten sich an dem verzweifeltsten Kampfe gegen das Militär. Nach einem furchtbaren Handgemenge wurden die Truppen zurückgeschlagen. Artillerie fuhr zur Unterstützung der zurückweichenden Infanterie auf und beschoss aus sechs Geschützen die Bauern mit Schrapnellgeschossen. Die Wirkung der Kanonade war entsetzlich. Das Dorf war alsbald in Brand geschossen. Die Bauern fielen reihenweise; die Überlebenden hielten jedoch stand. Kavallerie stürmte nun die schon stark gelichteten Reihen der Bauern, die nach einem überaus hartnäckigen Rückzugsgescheh in die Wälder flohen. Auch das Militär hatte bei dem Kampfe große Verluste erlitten.

Bei Alexandria kam es zwischen Militär und Bauern, unter denen sich viele zum Dienste eingezogene Reservisten befanden, zu einem förmlichen Blutbad. Die Bauern verloren fünfzig Tote, worauf sie flohen.

In beiden Kammern wurde ein Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung ermächtigt wird, den Belagerungszustand über alle Ortschaften zu verhängen, in denen sich dies zur Wiederherstellung der Ruhe notwendig erweisen sollte. Der Ministerpräsident brachte sodann eine königliche Botschaft zur Verlesung, in der die Schließung der Session ausgesprochen wird.

Türkei.
Eine Bombenexplosion hat es am Freitag einmal wieder in Konstantinopel gegeben. Abends um 8 Uhr explodierte auf der Hauptstraße von Pera eine Bombe oder Höllenmaschine. Eine Person wurde getötet, mehrere erlitten Verletzungen. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden, doch scheint der Täter noch nicht ermittelt zu sein. Die Verhaftungen sind bei solchen Explosionen in Konstantinopel meist der ganze Zweck. — Durch den Bombenwurf sind nach genauer Feststellung 11 Personen, darunter 4 schwer, verwundet. Drei Armenter sind verhaftet.

Finland.
Glänzender Wahlsieg der Sozialdemokratie. In Nylands län (Helsingforser Bezirk) sind die Ergebnisse der Parlamentswahlen bereits bekannt: 8 Sozialdemokraten sind hier gewählt worden, darunter Genosse Walpas und beide Perttiläs, sowie die Genossinnen Mäna Sillanpää und Maria Laine. In Lammsfors wurden die Genossen Dr. af Urfin und Ysjo Sirola gewählt. Wenn die noch fehlenden Stimmen in demselben Verhältnis abgeben sind, so wird die Sozialdemokratie von den 200 Sitzen 80—85 Plätze einnehmen. — Die bürgerlichen Parteien sind in ihren Hoffnungen schmachlähmend enttäuscht. Sie hatten jede für sich auf mehr als 100 Plätze gerechnet, nun müssen sie sich mit 30 bis 40 begnügen.

Vereinigten Staaten.

Keine Rege in der Armee. Das Kriegsministerium in Washington hat befohlen, in Zukunft keine Rege mehr für die Armee anzuwerben. Als Grund wird angegeben, daß die Armee die ihr vom Kongress gestattete Vollstärke habe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 2. April.

Zug von Fischern, Drechslern, Maschinen- und Eisenerarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.
Die Streikleitung.

Zur General-Aussperrung der Schneider berichtet die Streikleitung, daß hier in Lübeck am Sonnabend abend 7 Uhr in 19 Geschäften 103 organisierte Kollegen ausgesperrt wurden. Denselben Abend wurde noch eine Versammlung abgehalten, in welcher die Handlungsmasse des Arbeitgeberverbandes scharf kritisiert und hervorgehoben wurde, daß durch die Aussperrung das schon so wie so im Niedergang begriffene Maßgeschäft noch mehr zurückgeht und die Kundenschaft direkt der Konfektion in die Arme reißt. Bei den Aussperrten herrscht die größte Zuversicht. Beschlossen wurde, am Dienstag morgen eine weitere Versammlung abzuhalten. Diese war auch sehr zahlreich besucht, und wurden in derselben die Verhaltensmaßregeln beschlossen sowie die Unterstützungsfrage besprochen.

Öftern ist vorüber! Das Wetter war schön, am ersten Tage allerdings etwas kalt. Natürlich tat das der Stimmung der meisten Leute wenig Abbruch. Besonders die jungen Leute tummelten sich wie überall, so auch auf dem Wasser. Die Vergnügungsorte waren durchweg sehr gut besucht; das Pantheater war am ersten Tage sogar ausverkauft. Auch das Vereinshaus erfreute sich eines außerordentlich zahlreichen Zuspruchs. Die Zeitungen wimmelten vor Öftern von religiösen Phrasen; die Arbeitgeber des Schneidergewerbes warfen unter Tarifbruch ihre Angestellten auf das Straßenpflaster. Alles natürlich im Zeichen der christlichen Nächstenliebe.

Nach gut abgegangen. Am Sonnabend abend stieß der um 10.33 von hier nach Hamburg abgehende Personenzug umweit des Geniner Rangierbahnhofs auf einen Güterzug, wodurch mehrere Güterwagen total zertrümmert und die Maschine des Personenzuges stark beschädigt wurde. Der Aufmerksamkeits des Lokomotivführers des Personenzuges war es zu danken, daß nicht weiteres Unheil angerichtet wurde, indem er das Hindernis rechtzeitig bemerkte und die Bremsen in Tätigkeit setzte. Der Unfall soll auf die Schuld des Lokomotivführers des Güterzuges zurückzuführen sein. Dieser bemerkte, daß seine Maschine nicht genügend Wasser hielt und er ließ daher seinen aus 40 Waggons bestehenden Zug auf freier Strecke stehen, kuppelte seine Maschine ab, um zu einem Wasserkran zu fahren. Hätte alles richtig funktioniert, so wäre er zur rechten Zeit wieder an Ort und Stelle gewesen, um seinen Zug aus dem Wege zu räumen. Das war aber nicht der Fall. Andererseits hat er wohl geglaubt, daß der Waggon des Blockhauses dem Personenzug das Signal für freie Fahrt verweigern würde. Dieser gab aber das Signal auf freie Fahrt in der Annahme, daß es sich um eine leere Maschine handelte, die die Strecke passieren sollte. Der Lokomotivführer des Personenzuges sah rechtzeitig eine am letzten Waggon des Güterzuges befestigte kleine Laterne und setzte daraufhin die Bremsen an, sonst wäre der Personenzug mit voller Wucht auf den Güterzug aufgefahren. Seine Maschine würde gebrauchsunfähig, er selbst fiel in Ohnmacht, erholte sich aber bald wieder und konnte seinen Zug zurück nach Lübeck bringen, um eine neue Maschine vorspannen zu lassen, mit der er dann die Fahrt nach Hamburg mit etwa einstündiger Verspätung antrat. Unter den Passagieren war kein einziger, der infolge des Vorkommnisses die Fahrt nicht hätte fortsetzen wollen. Die beiden Hamburger Gleise waren bis zum Vormittag des ersten Oftertages gesperrt, doch konnte der Betrieb aufrecht erhalten werden. Der bei dem Unfall in Betracht kommende Personenzug sowie die während der Nacht von Hamburg nach Kopenhagen und von dort nach Hamburg verkehrenden Schnellzüge wurden über den Geniner Rangierbahnhof geleitet.

Die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, welche — wie alljährlich — an den Oftertagen in der städtischen Turnhalle stattfand, wies wieder manche tüchtige Arbeit von jungen Leuten, die jetzt die Lehre verlassen, auf. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Einzelnes besonders hervorzuheben; dazu bedarf es der Beurteilung von Fachleuten. Erwähnt sei jedoch, daß in diesem Jahre die Arbeiten der Tischlerlehrlinge, welche ihre Lehrgzeit beendet haben, nicht prämiert worden sind. Wenn man böshaft sein wollte, so könnte man annehmen, die Tischlerlehrlinge habe kein Geld mehr, um die Kosten der Prämien bestritten zu können. Viel näher liegt jedoch die Annahme, daß die Lehrlinge infolge des Tischlerstreiks nicht genügend ausgebildet worden sind. Trifft das zu, so wäre gegen die Meister, denen nicht die Ausbeutung, sondern die Ausbildung ihrer Gelehen übertragen worden ist, ein schwerer Vorwurf zu erheben. Zu gleicher Zeit würde darin der Beweis liegen, daß die Streikbrecher doch bei weitem nicht imstande sind, die Ausbildung der jungen Leute leiten und überwachen zu können. Schade, daß uns diese Tatsache noch nicht vor Öftern genügend bekannt war, sonst hätten wir eine entsprechende Warnung ergehen lassen, zumal im Tischlerberufe die Lehrlingszucht nicht zu den Seltenheiten gehört. Sonderbar — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — berührt es, wenn in der Innungsversammlung der Tischlermeister es so ausgedeutet wurde, als ob die Streikenden die angehenden Gesellen abgehalten hätten, bei der Ausführung des Gesellenstückes ihr ganzes Können zu zeigen. Natürlich ist diese Behauptung einfach aus der Luft gegriffen; irgend welcher Beweis liegt nicht vor und kann auch nicht erbracht werden. Zweifelloß steht jedoch die Tatsache fest, daß die Herren Meister mitamt ihren Arbeitswilligen, nicht imstande sind, ihre Lehrlinge so auszubilden, wie es im Interesse des Gewerbes und der jungen Leute notwendig wäre. Das spricht natürlich nur zu Gunsten der Streikenden und verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Der Verein selbständiger Schuhmacher für Lübeck und Umgegend hält am Mittwoch, den 3. April, seine Versammlung ab; da wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, so ist ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend erwünscht.

Ein kaltes Bad nahmen am Abend des ersten Oftertages kurz nach 6 1/2 Uhr die vier Insassen eines Bootes, die eine Vergnügungsfahrt auf dem Elbe-Trave-Kanal unternommen hatten. In der Nähe der Burgtorbrücke schaukelten sich die Leute, die sich anscheinend in angeheiteter Stimmung befanden; das Boot schlug um und die Insassen lagen im Kanal. Mit großer Mühe gelang es, die Luftfahrer — zwei Zivilisten, ein Infanterist und ein Mariner — vor dem Ertrinken zu retten.

Arbeiterisiko. Am Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr verunglückte beim Bau des Zentralgefängnisses der ledige Maurer Peters beim Steinabnehmen derart, daß er infolge Überspringens der Seile in das Allgemeine Krankenhaus geschafft werden mußte.

ph. Wer ist der Tote? Am 30. v. Mts. gegen 12 1/2 Uhr nachmittags, wurde am Travemünde-Strande hinter dem Seetempel eine unbekannt männliche Leiche gelandet. Der Verstorbene war etwa 1,60 Meter groß, hatte kahlen Kopf mit einem schmalen Kranz schwarzer und grauer Haare und war bekleidet mit schwarzem Winter-Paletot, schwarzem Jackett-Anzug, schwarzen Schnürstiefeln, grauen wollenen Strümpfen, Tricotunterhosen, Tricotunterhemd und weißem Hemd. In der Wäsche befanden sich keinerlei Zeichen, auch wurden bei der Leiche keinerlei Papiere vorgefunden, die zur Feststellung der Identität derselben dienen könnten. Die Leiche ist seitens der Polizei in Travemünde in Verwahrung genommen. Personen, die Angaben über die Person des Verstorbenen machen können, werden ersucht sich im Bureau der Kriminal-Abteilung in Lübeck, Johannisstraße Nr. 1, zwei Treppen, oder im Polizei-Bureau zu Travemünde zu melden.

ph. Schadensfeuer. Am ersten Ofterfeiertage gegen 9 1/2 Uhr vormittags wurde die Feuerwehr nach dem Hause Falkenstr. 12 gerufen, wofelbst in einem im zweiten Stock gelegenen Wohnzimmer dadurch ein kleines Schadensfeuer entstand, daß wahrscheinlich durch Zugluft die Gardinen der Flamme einem auf dem Tische stehenden Kochapparat zu nahe kamen und in Brand gerieten. Das Feuer wurde durch Hausbewohner gelöscht, so daß die Feuerwehr nach Aufklärung der Brandstätte wieder abrücken konnte. Das Mobiliar wurde erheblich beschädigt. Der Gebäudeschaden ist nur gering.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, teils wann der Antragsteller in Lübeck ist, eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern);
 - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
 - 6) Innungsmittelbchein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
 - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktag in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Dem Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Parteinossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Gleschendorf. Eine Volksversammlung tagte hier am 1. Oftertag in Leckenburg's Gasthof. Genosse Stellung-Lübeck referierte vor einer zahlreichen Zuhörerschaft über das Thema: „Was will die Sozialdemokratie“. Seine Ausführungen zeitigten den Erfolg, daß sich eine Reihe Genossen zum Beitritt zur Partei bereit erklärten, sodas hier sofort ein Ortsverein des sozialdemokratischen Zentralvereins für das Fürstentum Lübeck gegründet werden konnte. — Wir wünschen unseren Gleschendorfer Genossen den besten Erfolg zu ihrer Organisationsarbeit und hoffen, daß dieselbe vom bestem Erfolge gekrönt wird.

Curau. Es geht vorwärts! Nachdem am ersten Ofterfeiertag in Gleschendorf die Gründung eines Ortsvereins der Partei zustande gekommen ist, gelang es, hier am zweiten Feiertage ebenfalls den Grundstein zu einer Organisation zu legen. Eine gestern hier abgehaltene Besprechung zeitigte das Resultat, daß die Gründung eines Ortsvereins vollzogen werden konnte. Erster Vorsitzender wurde Johannes Fick, Kassierer Otto Stender und Schriftführer Friedrich Spielmann, sämtlich in Curau. Beitrittserklärungen zum Ortsverein Curau und Umgegend des Zentralvereins der Sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübeck nahmen die vorgenannten Genossen entgegen. — Die rege Agitationsarbeit unserer Curauer Genossen wird hoffentlich gute Früchte tragen. — Sehen wir der Organisation unserer politischen Gegner die Organisation der Arbeiter in Land und Stadt entgegen. An die Arbeit!

Hamburg. Die Dividendenschlucker der Hamburg-Amerika-Linie traten am Donnerstag nachmittag zu ihrer diesjährigen Generalversammlung zusammen, in der sich zum Entsetzen der Gesellschaft auch einige „freie Eindringlinge“ befanden, nämlich Paul Müller vom Seemanns, Doering vom Hafnarbeiter, Schulski-Berlin vom Transportarbeiterverband, und Kasch, welche die von ihren Verbänden erworbenen Aktien vertraten. Als Genosse Müller fragte, was Direktion und Aufsichtsrat getan hätten zur Verhinderung der wirtschaftlichen Kämpfe, durch die große Kosten entstanden seien, und der Direktion, speziell dem Generalgewaltigen Ballin, rief den Arbeitern mehr Entgegenkommen zu zeigen, da war es mit der bis dahin künstlich zur Schau getragenen Ruhe der Mehrheit der „gebildeten“ Dividendenschlucker vorbei, der Bildungsfrist wurde brüchig und durch wüthendes Lob und Geschimpfe suchte man diesen Redner sowie später Genossen Schulski am Weiterreden zu hindern. Diese Herrschaften waren ja nicht erschienen, um Vorträge über Sozialpolitik zu hören, sondern um schmunzelnd über den ihnen vom Aufsichtsrat unterbreiteten Antrag auf Auskehrung der aus den Knochen der Arbeiter herausgeschundenen zehn Prozentchen abzustimmen. So etwas darf nicht wieder vorkommen. „Deus obsequat“, dachte Herr Ballin, obwohl er als erster Direktor eines Aktienunternehmens verpflichtet ist, auf die von seiten der Aktionäre gestellten Anfragen zu antworten, unter jubelnder Zustimmung seiner Klaffengenossen erklärte, daß er Herrn Müller nicht antworten werde. In

überhebendem Tone sagte Herr Herr Ballin: „Im übrigen erwartet Herr Müller doch selber nicht, daß ich ihm antworten werde.“ Das eßige Schmeigeln der Versammlung wird ihn darüber belehrt haben, daß in diesen, dem ehrbaren Kaufmann vorbehaltenen Räumen kein Resonanzboden für sozialdemokratische Agitationsreden ist. Frassen Sie einen Beschluß, daß Herr Müller seine Tiraden hier nicht vortragen kann.“ Als Müller nochmals sprach und unter Hinweis auf das Geseh. Antwort verlangte, rief man ihm Injektionen wie „Frecher Kerl!“ — „Unverschämtheit!“ usw. zu. Nachmals erklärte Ballin wiederholt, Herr Müller erhalte keine Antwort. Am nicht Genossen Doering zum Wort kommen zu lassen, wurde ein Schlusspantrag angenommen, der von Schulski lebhaft bekämpft wurde. Jetzt spielten sich turbulente Szenen ab. Schulski rief den tobenden Dividendenschlückern zu: „Sie haben nicht das Recht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben!“ Ihm wurde das Wort entzogen, worauf der Schlusspantrag zur Annahme gelangte. Wie neulich in seiner allerhöchsten Kundgebung, hat auch hier Ballin mit einer Unwahrheit operiert, indem er einem von der „grässereiden Sozialpolitik“ rebenden Herrn Brandt erwiderte: „Daß unsere Arbeiter streiken, ist doch hoffentlich auch Herrn Brandt nichts Neues.“ Der Reederstreik wird also in einer Generalversammlung der Aktionäre in einen Arbeiterstreik umgedeutet! So ganz nebenbei sei noch bemerkt, daß einige der wüthendsten Dividendenschlucker beim Verlassen des Saales vor unseren Genossen ausspuckten. Damit fand diese Szene aus dem kapitalistischen Gegenwartsstaate ihren „würdigen“ Abschluß. Und für eine solche Gesellschaft müssen Behtnauende von ehrlichen Arbeitern ihre Knochen zu Markte tragen, für sie zehn Prozentchen und mehr „Entbehrungslohn“ herauszuschlagen, um dann, wenn es Ballin gefält, auf Wochen und Monate auf's Straßenpflaster geworfen zu werden! Der Machtbereich dieser Gesellschaft wird immer größer, denn sie hat den Beschluß gefaßt, einen Teil der Boermann-Flotte zu übernehmen und zu diesem Zwecke neue Aktien im Betrage von fünf Millionen zum Kurse von 130 zu begeben.

Hant. Vierhundert Mark Geldstrafe um einen Dreck. Von einem Bäckergehilfen Johann Wiesener nahm das „Norddeutsche Volksblatt“ in Hant ein Eingekandt an, in dem behauptet war, der Präses des katholischen Gesehensvereins, Wikar Kömann, habe den Wiesener am Weihnachtabend aus dem Hause gewiesen. Kömann schloß sich dadurch beleidigt, stellte Strafantrag, und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur Meise. In der Verhandlung wurde zeugensächlich bezeugt, daß Wiesener das Eingekandt dem „Volksblatt“ übergeben und einer Reihe von Personen den Vorgang im Hause des Wikars mündlich genau so dargestellt hat, wie in dem Eingekandt. Aber Wiesener selbst war nicht zur Stelle. Er soll in Holland sein. Dafür war Wikar Kömann zur Stelle, und er beschwor, daß Wiesener nicht bei ihm gewesen und deshalb auch nicht von ihm aus dem Hause gewiesen sei. Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme konnte schlimmsten Falles eine Mystifikation des „Volksblattes“ angenommen werden. Und die pönte das Hant'sche Schöffengericht mit 400 Mark Geldstrafe. Von Rechts wegen!

Bremen. Die Massenaußsperrung auf der Aktiengesellschaft „Weser“. Die Schmiecke der Aktiengesellschaft „Weser“ haben zunächst schriftlich am 3. März 1907 durch den Zentralverband der Schmiecke und darauf mündlich durch den Arbeiterausschuß dem Vorstande der Aktiengesellschaft „Weser“ neben anderen Wünschen auch die Forderung des Neunstunden-Tages unter entsprechender Lohnminderung von etwa 10 Prozent und Einführung von Minimallöhnen vorgebracht. Während der Vorstand der Werk hinsichtlich der übrigen Punkte in eine Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß eintrat, und teils Erfüllung, teils Prüfung der Wünsche zusagte, lehnte er die Erörterung oder Erfüllung der oben näher bezeichneten Forderungen bestimmt ab und blieb hierbei auch, als später, am 12. März, nochmals der Wunsch nach einer Erörterung dieser Fragen geäußert wurde. Am 13. März kündigten sodann die 190 Schmiecke der Aktiengesellschaft „Weser“ auf den Abend des 14. März und stellten an diesem Tage die Arbeit ein. Die Bemühungen des Arbeiterausschusses, eine Verständigung zu erzielen, waren erfolglos. Am Donnerstag hat die Direktion der Aktiengesellschaft „Weser“ ihre Drohung, sämtliche Arbeiter auszusperrn, wenn die Schmiecke die Arbeit nicht wieder aufnehmen, wahr gemacht. Neben den 200 streikenden Schmiecken sind insgesamt 4000 Arbeiter ausgesperrt. Auch die Norddeutsche Maschinen- und Armaturenfabrik hat ihren Arbeitern auf Sonnabend abend gekündigt, wodurch die Zahl der Ausgesperrten sich um 1500 vermehrt, also auf 5500 steigt! Die Bemühungen des Holzarbeiter-, des Metallarbeiterverbandes und des Verbandes der Schmiecke, einen Ausgleich der Differenzen zu erzielen, sind bisher erfolglos gewesen.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Eine Schreckensszene spielte sich Sonnabend im Hause Kurfürstendam 217 ab. Dort erschob der laubstümme Drechsler Hämsche den Bürstenmacher Krosz und verlegte dessen Ehefrau durch zwei Revolvergeschüsse lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet. Die Veranlassung zu der Tat gab die Weigerung der Eheleute, ihre Nichte dem Hämsche zur Frau zu geben. — Auf dem Wolziger Seefestere ein mit acht Mann besetztes Boot des Berliner Rudervereins. Alle acht Leute stürzten ins Wasser. Fünf Ruderer konnten sich retten, drei ertranken, und zwar die Herren Westphal, Mumüller und Erb.

Köln. Infolge Veragens der Bremse fuhr gestern nachmittag ein Wagenzug der Straßenbahn in voller Fahrt auf einen dichtbesetzten Train der Köln-Bonner Rheinuferbahn an der Haltestelle Frankfurterweg auf. Der Betriebswagen des Straßenbahnzuges türnte sich auf den haltenden Zug auf; der Anhängewagen entgleiste. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter einige schwer. Der Führer des Straßenbahnzuges rettete sich durch Abpringen. Der Vorderperson ist völlig eingedrückt. — Sonnabend nachmittag verbrannten zu Weibrecht, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, in der Weidacher Fabrik für Leerverwertung 15 Doppel-Lösgons Naphthalin, die vermutlich durch Funken einer vorbeifahrenden Lokomotive entzündet worden waren, unter kolossaler Rauchentwicklung. Die Feuerwehr warfen Erdwälle auf und schüßten so die Fabrik vor dem flüssigen Naphthalin.

San Franzisko. Der Südpazifikzug von New Orleans nach San Franzisko überfuhr am Freitag mit einer Geschwindigkeit von 40 Meilen in der Stunde eine Weiche und entgleiste. 26 Personen wurden getötet und hundert verletzt, viele davon tödlich. Die meisten der Getöteten sind Italiener.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löw; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verlobte.
Frieda Wiggers
Herm. Eivers.

Allen Freunden und Bekannten für die freundlichen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit herzlichsten Dank.
Entw. den 2. April 1907.

Wih. Brandt und Frau.

Ein gut möbliertes Zimmer zu verm.
Westhoffstraße 60.

Am 1. Juli Zweizimmer-Wohnung nebst Zubehör, Preis Mk. 185, mit Gas Mt. 190.
Ahrens, Marienstraße 88.

Gesucht zum 1. Juli Wohnung v. 4 Zim.
Pr. M. 300-350. Ang. u. B E a. d. Exp.

3000-4000 Mk. sofort zu belegen.
Ang. u. M Z an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht einen Krankenwagen und einen Nachtschl.
J. Samann, Adlerstraße 88 d.

Blau zu verkaufen ein blaues Sommerkleid für schlank Figur
Frodingstraße 6, I.

1 Bett, 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Sofa, 2 Stühle, mehrere Bilder, 1 Tischling
Fiegelstraße 1 c.

Zu verkaufen Gartenbänke, 2 eichene Wirtschaftstische, 1 H. Schrank
Safenstraße 8, III.

Kleines Haus in der Weberstraße zu verkaufen. Geringe Anzahlung. Käufer wohnt frei. Angebote unter F R E an die Exp. d. B.

Frühe Pflanzkartoffeln zu verk.
Warendorffstraße 24, 2. Etage.

Billig zu verkaufen wegen Sterbefalles eine Schneidermaschine, gr. Bügeleisen, Arbeitslampe, zusammen 35 Mk.
Näh. Fischstraße 36.

Wer altertümliche Sachen an Möbel und Porzellan hat, wende sich an G. Walter, Bahmstr. 28, weil der hohe Preise zahlt.

Für Hausstandslumpen 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahle höchste Preise. Bitte Postkarte.
Waisenhoffstraße 25.

Knopflöcher werden gut genäht
Angebote unter W D an die Exp. d. Bl.

Lederhandlung und Stepperei
billiger Sohlenschnitt
Ed. Teuteberg, Untertrabe 70.

Geschäfts-Übernahme.
Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich am 1. April das

Kolonial- u. Fettwarengeschäft
Georgstraße 25

übernehme. Indem ich bemüht sein werde, nur gute und reelle Waren zu führen, bitte ich um gütige Unterstützung meines Unternehmens und zeichne

Hochachtungsvoll
August Stroth.

Uhrlieder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königsstraße 62, b. b. Südrstraße.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeiter, Fünfhaus 13

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24

Misch-Kaffee
gutschmeckend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung
Fetschstr. 149, Breitestr. 54.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgegend.
Allerfeinste Meiereibutter
koffet Pfund 1,20 Mark.

Prima Kalbfleisch 50 Pf.
junges Schweinefleisch 60 Pf.

J. J. P. Möller
"Zur billigen Fleischquelle"
48b Bäckerstraße 48b.

Mittwoch nachmittag von 3-5 Uhr:

Grösseren Posten

Ochsenmarkknochen, sowie Abfall-Fleisch,
das Pfund 10 Pfg.

Frisch gesalzone **Schnauzen und Pfoten,**
das Pfund 20 Pfg.

Leicht gepökelte **Rippen,** das Pfund 20, 30 und 40 Pfg.

Kalbssknochen, mit ziemlich viel Fleisch
das Pfund 7 Pfg.

Verkauft nur in der Fabrik **Beim Rethteich 14.**

Thüringer

Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik

August Scheere.

➔ Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme. ➔

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



Meggendorfer-Blätter

München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 15 Nummern nur M. 3.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es verkümmern, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

➔ Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei! ➔

Verein selbständiger Schuhmacher

für Lübeck und Umgegend.

Monats-Versammlung

am Mittwoch, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr,
in Gasse's Gesellschaftshaus, Johannisstraße.

Achtung Maurer!

Mitglieder-

Versammlung

am Mittwoch den 3. April
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Innere Verbandsangelegenheiten.
2. Beerdigungswesen.
3. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Spar-Club „Unter uns“.

General-Versammlung

am Donnerstag den 4. April
abends 9 Uhr.

C. Schröder.

Zentral-Berband der Fleischer
und Berufsgenossen Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-

Versammlung

am Mittwoch den 3. April
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Um zahlreiches Erscheinen erzuht

Der Vorstand.

Achtung!

Local-Berband

der Hafenarbeiter Lübecks.

Mitglieder-

Versammlung

am Mittwoch den 3. April
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Maifester.
3. Wahl eines Revisors.
4. Die Aussperrung der Hamburger Schauerleute.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Die auf den Halland'schen Schiffen beschäftigten Kollegen müssen erscheinen.
Die Obmannszeichen müssen abgeliefert werden.

Am **Schwartauer Markttage,**
Mittwoch, den 3. April:

Große Tanz-Musik.

Hierzu ladet freundlichst ein

Robert Pinkert

Gasthof Transvaal.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Stg.

Vom 31. März bis 6. April:

Heidelberg

und Redartal.

Eurnhallen-Bauverein Lübeck.

Bei der am 31. März d. J. stattgefundenen Tombola sind nachfolgende Losnummern mit Gewinnen gezogen:

50	102	117	127	135	155	169
191	195	260	265	279	292	294
310	349	403	405	434	491	497
517	554	562	583	584	614	616
670	673	676	688	697	708	715
729	741	825	837	895	944	960
970	994	995	1060	1074	1096	1160
1186	1188	1193	1216	1236	1255	1273
1292	1312	1332	1344	1414	1421	1424
1437	1510	1534	1544	1569	1574	1615
1627	1628	1639	1645	1650	1723	1751
1756	1767	1802	1842	1865	1872	1883
1893	1899	1901	1910	1922	1925	1963
1982	2000	2010	2012	2035	2080	2112
2137	2165	2167	2188	2222	2295	2296
2311	2315	2316	2327	2364	2379	2406
2418	2455	2459	2475	2480	2484	2541
2586	2612	2631	2645	2658	2664	2672
2701	2702	2748	2798	2837	2889	2894
2900	2917	2930	2950	2973	2997	3009
3023	3025	3030	3059	3060	3073	3143
3161	3190	3244	3252	3273	3282	3284
3285	3313	3314	3412	3467	3488	3530
3531	3537	3552	3558	3564	3574	3621
3642	3645	3661	3683	3719	3726	3733
3737	3739	3758	3762	3764	3784	3790
3893	3906	3914	3927	3937	3940	3977
3991						

Die Gewinne werden verabfolgt am Dienstag, den 2., und Mittwoch, den 3. April, abends von 6-9 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52, Zimmer Nr. 2.

Gewinne, welche bis zum 28. April 1907 nicht abgeholt sind, verfallen dem Verein.

Der Vorstand.

Spar-Club

„St. Jürgen = Frischlauf“.

1. Generalversammlung
am Mittwoch, den 3. März 1907

abends 8 1/2 Uhr
im Lokale „Weißer Engel“.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 3. April 1907,
abends 8 Uhr

im **Kolosseum:**

27. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Justus Gellius (Flöte).

Zur Aufführung kommen u. A.

Ouverture zu „Die Entführung aus dem Serail“ W. A. Mozart.

2 Ungarische Tänze Nr. 3 und 10 J. Brahms.
Ouverture zu „Die lustigen Weiber von Windsor“ O. Nicolai.

Favoritstücke aus „Carmen“ G. Bizet.
Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

Im HANSA-THEATER



Größtes Phant. Etablissement der Welt!

➔ **Miesen-Wasserschauspiele** ➔
300 cbm Wasser

sehen innerhalb weniger Minuten den Bühnenraum des

Hansa-Theaters unter Wasser.

Der Zaubergarten der Semiramis.
Ferie in prachtvoller Ausstattung.

Leuchtende Geysir u. Cascaden.
Illusionen von 20 Damen.

➔ **Palast der Illusionen.** ➔

Von hier nach Paris. Die Jagd im Theater.

Eine Reise durch das Unmögliche.

Kassenschrank d. Fam. Humbert.

Eine unheiml. Nacht, Geister-Zitation.

Die Androiden
Künstl. belebte u. sprech. Menschen.

L'Art et le Beau.
Lebende Kolossalgemälde berühmter Meister.

Neuestes!!! des Allerneuestes!!!

Olympia-Motor-Bioscop.

Im Reiche des Schattens.

Die Bauernrevolution in Rumänien.

Man schreibt uns aus Bukarest: Judenheken sind in Rumänien nichts Seltenes. Die Juden gelten dort als Ausländer und die Beherrscher des Landes haben es immer sehr gut verstanden, die allgemeine Unzufriedenheit, namentlich der bäuerlichen Bevölkerung, auf die Juden abzulenken.

Einige Zahlen sollen beweisen, einen wie starken ökonomischen Untergang diese Bewegung hat. Das Elend der rumänischen Bauern hat seinen Grund in der Art, wie die „Bauernbefreiung“ dort im Jahre 1864 vorgenommen wurde.

Viele Bauern wurden damals um ihren Anspruch betrogen; sie erhielten dann durch das Gesetz von 1878 ihren Anteil. Insgesamt wurden 511 896 Familien mit 2 038 639 Hektar bedacht.

Aber die Bevölkerung hat sich in einem Menschenalter sehr stark vermehrt, so daß die Zersplitterung des Bodens immer ärger geworden ist. Die Volkszählung vom Jahre 1901 ergab 5 912 520 Einwohner, wovon 81,2 Proz. auf das flache Land entfallen.

Table with 2 columns: Land size (Bis zu 1/2 Hektar, 1/2-1, 1-2, 2-3, 3-5, darüber) and Number of farms (38 310, 45 599, 86 937, 79 718, 162 656, 72 094).

Es haben also 250 561 Betriebe weniger als 3 Hektar und nur 234 750 darüber. 85 Proz. der Betriebe haben weniger als 5 Hektar. Dazu kommt, daß bei der Bauernbefreiung die Bauern den schlechteren Boden bekamen und überdies der Bojar und sein Gutspächter einen viel moderneren Betrieb haben als der Bauer.

So ist es gekommen, daß der Bauer von der Bewirtschaftung seines Bestandes nicht leben kann. Er muß seinen Acker sich von seiner Familie bebauen lassen, er selbst arbeitet aber entweder als Tagelöhner oder als

Pächter auf dem herrschaftlichen Gut. Vorherrschend ist sowohl in der Moldau als in der Walachei die Pachtwirtschaft und zwar vielfach in der doppelte ausbeuterischen Form, daß der Bojar sein Gut an einen Pächter vergibt, der dann erst wieder an Subge weiter verpachtet.

Von dem gesamten Großgrundbesitz Rumäniens sind 58 Proz. verpachtet. 42 Proz. werden von den Großgrundbesitzern selbst bewirtschaftet. Von den 3332 Pächtern sind 479 Juden und 443 andere Nichtrumänen (meist Armenier und Griechen), die übrigen 2410 Pächter sind Moldauer Rumänen. In der Moldau allerdings ist der Prozentsatz der Juden wesentlich größer.

Die Ausbeutung der Bauern und Tagelöhner ist sowohl auf den verpachteten als auf den selbstbewirtschafteten Gütern unglaublich. Das Abgeordnetenhaus besteht zur Hälfte aus Bojaren, zur anderen Hälfte aus Advokaten, Wuchern und Fabrikanten, es bietet der Masse der Bevölkerung nicht den geringsten Schutz gegen die Ausbeutung durch die Bojaren und Pächter.

Die Ausbeutung der Bauern und Tagelöhner ist sowohl auf den verpachteten als auf den selbstbewirtschafteten Gütern unglaublich. Das Abgeordnetenhaus besteht zur Hälfte aus Bojaren, zur anderen Hälfte aus Advokaten, Wuchern und Fabrikanten, es bietet der Masse der Bevölkerung nicht den geringsten Schutz gegen die Ausbeutung durch die Bojaren und Pächter.

Es ist selbstverständlich, daß es nicht überall so zugeht, wie in Runcu. Aber überall sind die Bauern gegen ihre Ausbeuter wehrlos und rechtlos. Auspeitschungen der Bauern, die auf ihrem Verträge bestehen oder gar eine Abänderung verlangen, Massenschändungen der Bauernfrauen durch die Gutsherren und ihre Vertreter sind an der Tagesordnung.

Und in Verbindung damit die politische Knechtung der Bauern. Jeder Versuch eines gemeinschaftlichen Widerstandes wird mit blutiger Grausamkeit unterdrückt. Die Sozialdemokraten, die vor einigen Jahren die Bauern zu organisieren, sozialistische Ideen unter ihnen zu verbreiten sich bemühten, wurden in die Kerker geworfen.

Nun erntet man, was man gesät. Man hat den Bauern den friedlichen Weg, ihre Lage zu verbessern, versperrt, man hat den Agrarsozialismus im Keime erstickt. Nun hat man in dem Norden und Brennen, in den Verzweiflungsakten der Bauern den notwendigen Erfolg für den Sozialismus.

Die nächsten Aufgaben.

In den Bureaus des Reichstagenverbandes wird auch nach den Reichstagswahlen mit einer Intensität gearbeitet, als ständen in nicht zu ferner Zeit neue Wahlschlachten bevor. Das ständige Personal ist vermehrt, neue Ortsgruppen werden eingerichtet, kurz, das Lügenhandwerk floriert lustig weiter.

Ein solcher Gang war es, in dem unser Michel die Geliebte festhalten wollte. Seine großen Schritte hatten bewirkt, daß er noch rechtzeitig kam: die Gret ging erst in der Mitte des Weges. — Wie schön war sie! Sie hatte an dem warmen Tage keinen Mantel an: in blendendweißen Hemdärmeln, in gestreiftem, farbigem Mieder und rotem Hutstück kam sie ihm entgegen.

Unter Vorzeichen machte ein kurioses Gesicht. Es schien ihm hier eine vortreffliche Gelegenheit gekommen, die Gret zu foppen und zu plagen, und er beschloß sie zu benutzen. Sie breit auf den Weg hinstellend, sagte er mit schlauer Miene: „Do hommer's (da haben wir's)! An was holt ieh dich denn?“ — Die Gret, seine Gedanken erratend, erwiderte: „Ja, wann e's s'aga dät.“ — „No“, versetzte Michel, „des kan e mer fürstella; an a Mannsbild!“

brauch machen werde. Er war auch gleich so freundlich, die Städte zu nennen, gegen die der Belagerungspark der Reichsverbandsgarde zunächst aufzufahren werden soll: Karlsruhe, Stuttgart, Mainz, Nürnberg, Lübeck und Hamburg, und wenn es dann überall gelingt, soll auch Berlin ins Kreuzfeuer genommen werden.

Die Wahlstatistik von 1907 zeigt uns, wo wir zuerst einzugreifen haben. Wir finden da nicht weniger als 20 Wahlkreise die wir bei den letzten Wahlen nicht halten bezw. erobern konnten, trotzdem wir in diesen Kreisen über 40 bis fast 45 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten auf unsere Kandidaten vereinigten.

Table with 3 columns: im Wahlkreis, in Prozent der Wahlberechtigten, in Prozent der Wähler. Lists various regions like Bremen, Wanzleben, Tübingen-Köppingen, Magdeburg, Kirchberg-Muerbach, Sonneberg-Saalfeld, Schwarzbürg-Rudolstadt, Gotha, Elberfeld-Barmen, Meissen-Großhain, Randow-Greifenhagen, Brandeb. Westhavelland, Sachsen-Altenburg, Birna i. Z., Braunschweig, Rößl i. L., Ottenen-Binneberg, Halle a. S., Königsberg i. Pr., Neub. a. V.

Außer Wanzleben waren die übrigen hier genannten Kreise sämtlich in der letzten Legislaturperiode sozialdemokratisch vertreten, und nur die enorm hohe Wahlbeteiligung am 25. Januar, die in manchen der obigen Kreise bis zu 95 Prozent der Wahlberechtigten stieg, erklärt den Verlust dieser Kreise.

Dagegen finden wir nun zehn weitere Kreise, in denen wir zum Teil sehr weit unter 40 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten erhielten und die wir doch entweder infolge schwächerer Wahlbeteiligung oder durch die Wahlkonfession der Gegner behaupten konnten bezw. neu eroberten. Diese Wahlkreise gibt folgende Aufstellung wieder:

Table with 3 columns: im Wahlkreis, in Prozent der Wahlberechtigten, in Prozent der Wähler. Lists regions like Mainz, Dortmund, Ultingen-Döbit, München II, Karlsruhe, Bielefeld, Straßb. r. Stadt, Bochum, Wiesbaden, Duisburg.

Von obigen Kreisen sind bekanntlich Bielefeld, Duisburg und Wiesbaden zum erstenmal von der Sozialdemokratie erobert worden, während die übrigen sieben Kreise schon in der letzten oder in früheren Legislaturperioden

Ende gut, alles gut.

Erzählung aus dem Nies von Melchior Meyr. 6. Fortsetzung.

Michel war durch die Aufklärung des gewandten Kammeraden in der Tat getrübt und faßte wieder frischen Mut. Das Gefühl seiner Kraft und das Vertrauen auf sich selbst kehrte zurück. Es war ihm zuweilen, als ob er nur hingehen dürfte zu der Gret, um Spaß zu machen nach Noten! Aber extra zu ihr gehen, das wollte er nicht: da würde sie ja glauben, daß er's gar zu notwendig hätte — und das sollte sie nicht! — Er wollte die Gelegenheit abwarten, dann aber auch benutzen.

Eines Nachmittags schlenderte er gemächlich auf dem Anger hinter seinem Garten. Es war ein Sonntag; er hatte gut gegessen, ein wenig „gedurnt“ (geschlummert), sich dann schön angezogen, die Pfeife in den Mund gesteckt und war hieher gegangen, um zu sehen, was ihm weiter befehlen werde. In einem solchen Nachmittags führt sich der Bauer immer behaglich, sogar wenn er verliebt ist.

Es gibt auf dem Lande nichts Reizenderes als jene Glänge zwischen lebendigen Hecken, die eben breit genug sind, daß man sich ausweichen kann. In der schönen Jahreszeit, wo die Hecken grünen und blühen, wo der trockene Weg von Gras und Blumen eingefaßt ist, gewährt es ein wahrhaft poetisches Vergnügen, hindurchzuspazieren, zumal wenn beim Schein der Sonne der Schatten dichtbelaubter Gartenbäume darüber fällt. Es ist so traulich und so heimlich darin, daß man nur bezaubert, sobald wieder ins Freie zu kommen!

„Denk!“ verriet Michel, verwundert über die feste Behauptung. „Wie s'ott'er (solltet ihr) des wissa?“ — „Wie?“ erwiderte die Gret, indem sie ihm heiter ins Gesicht sah; „weil d'r (ihr) ure (eure) Gedank' verrotet, weil d'r o's nachloppet (nachläuft)!“

Michel war betroffen. „D's Ohs hot recht“, dachte er in einem Moment des Schweigens. Es blieb ihm indes noch der Ausweg, die Tatsache zu leugnen — und das tat er tapfer. „Bah“, rief er geringschäßig, „wear duet des? A rechter Kerl net!“ — „Ja“, legte er mit Stolz hinzu, „ben mei' Lebten'g no' koer nachloffa!“ — „Ist des wahr?“ fragte die Gret lächelnd. — „So wahr i' d'bestand“, sagte der Ehrliche. Die Gret, die recht wohl gesehen, wie der Enkelsohn zu dem Durchgang geilt war, hätte bei dieser naiven Behauptung brinabe gelacht; allein sie unterdrückte die Anwandlung und sagte scheinheilig: „Doh ist d'r also oh gar net drom 'z'ooa', daß d' mit oer redt?“ — Michel ahnte, wo sie hinaus wollte; aber er hatte A gefaßt und mußte B sagen, und ohnehin wollte er sie ja uzen (foppen). Heroisch erwiderte er: „Gar net! — I wißt e net, wor'um!“ — „So“, sagte die Gret, „doh mueß e m'r ja noch a G'wissa' draus macha', doß e de mit me'm G'chwäh' aufhalt.“ — „W'hiert de Gott!“ Sie wollte vorbei. Michel war aber nicht gewillt, eine Unterhaltung, die bis jetzt so schön gegangen war, so schnell abbrechen zu lassen; er rief mit Eifer: „So wart nor no' a weng!“ — „Du wüschst doch G'w'ap verstanda?“ — „Des scho“, versetzte die Gret; „aber i' mueß ieh zu meina' Kamradenna!“ — „Gang weiter“, entgegnete Michel, „lauter Weibsbilder!“ — „Was würd des für a'n Onderhalteng sei!“ — „Oh“, rief die Gret, „o's onderhalta' je recht guet!“ — „Was net no'!“ erwiderte Michel seinerseits ironisch. Und selbstgefällig legte er hinzu: „Don was hant'r (habt ihr) ieh ge'redt?“ — Die Gret sah ihn an und ihre Lippe zuckte unmerklich. „Don was redt ma'“, jagte sie dann vor sich hinschauend, „wannma' se guet onderhalta' will: von da' lebenga' W'rscht!“ — Michels Gesicht klärte sich auf. „No, was hab' e a'salt?“ rief er. „Ieh gibst m'r doch selber recht!“ — „I hab' me verschnappt“, erwiderte die Gret. — „Ja, ja“, fuhr Michel fort, „Mannsbilder steckt in (auch) em Kopf — des wach e ja!“ — „No“, legte er in behaglichem Stolz hinzu, „es was

Sozialdemokratische Vertreter besaßen. Der Vollständigkeit halber sei übrigens erwähnt, daß auch Duisburg bereits in Norddeutschen Reichstage durch Hasenleuer vertreten wurde, der damals das Mandat in einer Nachwahl erlangte. In diesen zehn Kreisen besonders darf nun die Organisations- und Agitationsarbeit keinen Augenblick still stehen, wenn sie der Partei als dauernder Besitzstand erhalten bleiben sollen. Selbst München II, das man bisher immer gewohnt war, als einen „sicheren“ Kreis für die Sozialdemokratie zu betrachten, zeigt im Lichte der Wahlstatistik eine recht bedenkliche Schwäche. Bei der Wahl 1903 siegte unser Kandidat zwar im ersten Wahlgange, vereinigte aber nur 36,34 Proz. der Stimmen aller Wahlberechtigten auf sich, von 110.212 Wahlberechtigten hatten nur 71.241 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Diesmal stieg unsere Stimmenzahl gegenüber 1903 um 338 Stimmen, und trotzdem sank unser Prozentteil an den Stimmen aller Wahlberechtigten auf 34,40 Proz., weil die Wahlbeteiligung im allgemeinen eine stärkere geworden war und wir das Mandat deshalb erst in der Stichwahl behaupten konnten.

Jetzt zu den Wahlkreisen, die bei den letzten Wahlen 35 bis 40 Proz. der Stimmen aller Wahlberechtigten aufbrachten. Sie gehörten zum größten Teile schon einmal zum sozialdemokratischen Besitzstande und ihre Wiedereroberung muß mit allen Kräften angestrebt werden. Es sind dies die folgenden:

im Wahlkreis	in Prozent der Wahlberechtigten	in Prozent der Wähler
Raumburg-Beich	39,88	43,64
Hilpoltshausen	39,75	43,88
Breslau-West	39,74	47,06
Bernburg	39,30	43,14
Bittau i. S.	38,98	42,96
Annaberg-Ebenstock	38,98	43,75
Hof i. B.	38,60	43,88
Erlangen-Fürth	38,47	44,31
Dresden-N.	38,44	44,28
Dessau-N.	38,44	43,12
Löbau-Gersdorf	38,40	41,86
Erfurt-Schleusingen	38,38	43,30
Darmstadt-Großgerau	38,35	44,72
Soran-Forst	38,28	42,17
Gamlatz-Ludwigsburg	38,15	45,08
Kassel	38,05	43,34
Stettin-Stadt	37,91	45,37
Wolff	37,73	43,01
Potsdam-Dönhavelland	37,67	42,03
Esslingen	37,48	42,67
Reichenbach-Neurode	37,45	43,28
Frankfurt a. M.	37,41	47,08
Lenneberg-Weitmänn	36,74	41,52
Göppingen-Gmünd	36,48	43,99
Breslau-Ost	36,75	42,63
Holzminden	35,68	41,66
Horna-Begau	35,67	38,64
Freiberg i. S.	35,46	39,22
Oschatz i. S.	35,43	38,58

Mit Ausnahme von Dessau, Erfurt, Hof, Cannstatt, Kassel und Potsdam-Dönhavelland waren sämtliche hier genannten Kreise schon einmal in sozialdemokratischem Besitz, die große Mehrzahl innerhalb der letzten Legislaturperiode. Schließlich führen wir noch diejenigen Wahlkreise auf, die diesmal unter 35 Prozent aller Stimmen der Wahlberechtigten aufbrachten, aber schon einmal sozialdemokratische Vertretung hatten. Es sind dies:

Wahlkreis	in Prozent der Wahlberechtigten	in Prozent der Wähler
Weimar-Weißhof	34,95	40,91
Frankfurt-Ost	34,15	40,70
Blauen i. B.	33,91	38,38
Leipzig-Stadt	33,46	37,18
Kortbus-Spremberg	31,24	34,70
Lauenburg	29,97	34,33
Altena-Herfords	26,75	31,04
Apolda-Flensburg	22,09	26,06

Auch hier wäre der Vollständigkeit halber zu erwähnen, daß auch Oldenburg i. S. in der Legislaturperiode 1874/77 durch den Sozialdemokraten Reimer vertreten wurde, seitdem aber für die Partei nicht mehr ernstlich in Frage kam.

An den vorstehenden Aufstellungen wollten wir zeigen, welche Aufgaben unsere Partei zunächst zu erfüllen suchen muß. Ohne irgend etwas in den übrigen Kreisen des Reiches zu vernachlässigen, müssen ganz besonders die hier skizzierten Kreise energisch in Bearbeitung genommen werden.

Auch die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich mehr als bisher den politischen Organisationen anschließen und in den Dienst der Partei stellen. Sie sind außerordentlich interessiert an dem Wachstum der sozialdemokratischen Partei und an einer starken parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie. Jede vermeintliche oder wirkliche Schwächung der letzteren wirkt nachteilig auf die Gewerkschaftsbewegung ein, wie die Haltung mancher Unternehmerrunde nach dem 25. Januar zeigt. Wenn das schaffende Volk einmütig zueinandersteht und den Kampf um seine Befreiung mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln energisch führt, wird es die tückische Unterminierungsarbeit des Reichstagsverbandes und seiner hohen und niederen Gönner zuschanden machen. Säumen wir aber keinen Augenblick, gehen wir noch heute an die Arbeit!

Bürgerliche Opposition!

Schlapp, wie ein Taschenmesser ohne Feder, damit dürften wir das Verhalten der bürgerlichen Opposition zutreffend bezeichnet haben. Eine bürgerliche Opposition läuft immer darauf hinaus, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Das hat sich in der letzten Bürgerversammlung am Mittwoch Abend in deutlicher Weise gezeigt. Wenn sich je Gelegenheit gefunden hätte, einmal zu zeigen, daß es unserer Bürgerschaft Ernst mit der Befreiung der alten liberalen Forderung sei, daß die Konfession für die Anstellung als Beamte gleichgültig sein muß, so bei dem Mühsamschen Antrag:

„Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob der von der Oberschulbehörde ausgesprochene Grundsatz, daß Israelitinnen als Lehrerinnen an den Volksschulen nicht angestellt werden dürfen, den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.“

Aber schon der schwächliche Versuch, dem Senat zu opponieren, der mit diesem Antrag gemacht wurde, ist durch nur ein entgegenkommendes Wort des Senats im Keime erstickt. Die Sache selbst aber ist es wert, daß wir ihr einmal ein paar Worte widmen. Es handelt sich um eine Verfügung der Oberschulbehörde, nach der grundsätzlich Israelitinnen nicht an öffentlichen Volksschulen angestellt werden sollen. Das hatte Herr Mühsam am 17. Dezember 1906 in der Bürgerschaft zur Sprache gebracht und auf das Recht der gesetzgebenden Körperschaft hingewiesen, die Grundsätze für die Anstellung von Beamten festzusetzen. Senator Dr. Schön erwiderte ihm damals, daß die Oberschulbehörde bisher daran festgehalten habe, für die Schulen, die doch wesentlich christliche seien, auch christliche Lehrerinnen anzustellen und daß es ein Fehler wäre, Israelitinnen heranzuziehen. Er halte daher den Bescheid der Behörde für richtig. Zu einer weiteren Erörterung der Sache war es nicht gekommen, weil der Wortführer diese bei dem damals zur Verhandlung stehenden Gegenstande nicht zulassen wollte. Nun hatte also Herr Mühsam seinen Antrag gestellt. Der Antrag selbst war schon gänzlich ungeeignet, den Kern der Frage anzuschneiden, er streifte eigentlich nur die Sache. Zunächst war gänzlich unerfindlich, weshalb die von Herrn Mühsam gewünschte Prüfung sich nur darauf erstrecken sollte, ob israelitische Lehrerinnen an Volksschulen angestellt werden dürften. Warum nicht auch über die Anstellung von israelitischen Lehrerinnen an Mittelschulen usw.? Dann aber auch war unverständlich, weshalb der Senat die Prüfung vornehmen sollte. Wenn Herr Mühsam das System treffen wollte, das die von ihm gerügte Praxis zeitigte, dann hätte sein Antrag etwa so lauten müssen:

„Die Bürgerschaft erklärt, der von der Oberschulbehörde ausgesprochene Grundsatz, daß nur Angehörige des christlichen Bekenntnisses als Lehrer angestellt werden dürfen, entbehrt einer gesetzlichen Grundlage: sie ersucht daher den Senat, die Oberschulbehörde entsprechend anzuweisen zu wollen.“

Oder aber, da die Gesetze über die Anstellung von Beamten gar nichts enthalten, und wenn Herr Mühsam unter allen Umständen die Form eines Ersuchens beibehalten wollte, so hätte er etwa folgendes beantragen müssen:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst zur Mitgenehmigung eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Grundsätze für die Anstellung der Beamten festsetzt.“

Das wäre die Konsequenz der Ausführungen des Herrn Mühsam am 17. Dezember gewesen, die dahin

gingen, daß die Schaffung von Grundfragen für die Anstellung von Beamten Sache der Gesetzgebung sei. Aber es kam nur der eingangs erwähnte schwächliche Antrag heraus. Und der wurde dann noch mit der Äußerung der Befriedigung von Herrn Mühsam zurückgezogen, als der Senatskommissar Dr. Eschenburg erklärte, daß die Behörde wohl zu weit gegangen sei, als sie schrieb, daß „grundsätzlich“ keine Israelitinnen angestellt werden könnten. Als Fachlehrerinnen könnten sie ja wohl angestellt werden. D. h. also als Hauslehrerinnen oder Turnlehrerinnen. Mit dieser dürftigen Erklärung war Herr Mühsam zufrieden und ein Stein der Erleichterung mag unseren tapferen Bürgerschaftsmitgliedern vom Herzen gefallen sein, als er seinen Antrag zurückzog, war ihnen doch eine Stellungnahme erspart. Im Grunde besagt die Senatsentscheidung nur, daß für die Israelitinnen ein minderes Recht gelte; das hätte für den Antragsteller gerade Anlaß genug sein müssen, einen prinzipiellen Antrag der Sache herbeizuführen. Dabei hätte er natürlich auf den Kern der Sache gehen und von dem speziellen Fall absehen müssen.

Er wäre dann zu dem Ergebnis gekommen, daß die Grundursache für die Entscheidung der Behörde in der Bestimmung unseres Schulgesetzes liegt, daß Religionsunterricht nach dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis erteilt wird. Sicher meint die Behörde, daß sich zu solchem Unterricht ein Israelit nicht eigne. Man will ihm Gewissensbedenken ersparen. Das ist gewiß nur zu loben. Aber wir meinen, das könnte auch unter dem geltenden Gesetz schon geschehen, ohne den Israeliten sonst vom Lehramt auszuschließen, könnte geschehen, ohne daß das Prinzip der Gleichberechtigung verletzt zu werden brauchte. Man brauchte den Angehörigen einer anderen, oder auch keiner Konfession, nur von diesem Unterrichte zu entbinden. Die löbliche Absicht der Oberschulbehörde ließe sich also verwirklichen, ohne daß man das Kind mit dem Bade ausschüttete, wie es jetzt geschieht.

Und wir meinen auch, daß die löbliche Absicht unserer Behörden, die Israelitinnen vor Gewissenskonflikten zu bewahren, nicht nur bei Israeliten Halt zu machen brauchte. Der Glaube an die sog. Wahrheiten des Christentums ist durch die modernen Naturwissenschaften bei den heutigen Volksschullehrern vielfach so stark erschüttert, daß ein großer Teil sicher nicht alles glaubt, was er nach seinen Lehrbüchern den Kindern lehren soll. Nur mit innerem Widerstreben wird er sein Amt ausüben können, wenn er gezwungen ist, jahrein und jahraus z. B. die Geschichte vom Sündenfall, die Verwandlung der Frau Lot in Chornatrium, das erbauliche Leben König Davids usw. als lauterste Wahrheit zu erzählen. Bei diesen Volksschullehrern, die den ganzen Konfessionsalismus längst überwunden haben, sind die inneren Bedenken gerade so groß, wie bei einem Israeliten oder Katholiken, den man zur Erteilung eines Religionsunterrichts im evangelisch-lutherischen Bekenntnis verpflichtet wollte. Auch hier in Lübeck gibt es Volksschullehrer, die es nicht ertragen können, daß sie gezwungen sind, ihrer inneren Überzeugung entgegen Dinge zu lehren, an die sie nicht glauben, die sie lehren, weil sie anders ihr Brot verlieren würden.

Weit über den einzelnen Fall hinaus, den Herr Mühsam besprochen, hätte sich also seine Sache zu einer Erörterung der prinzipiellen Frage, ob Religionsunterricht in der Schule gegeben werden soll oder nicht, ausweiten müssen. Mit der Entscheidung dieser Frage ist auch seine spezielle Frage entschieden und solange Religionsunterricht in der Schule erteilt wird, so lange wird es auch entschieden sein, daß keine Israeliten als Lehrer an den Staatsschulen angestellt werden. Und von unserer Seite ist auf diese Tatsache hingewiesen, aber nachdem durch die Zurücknahme des Mühsamschen Antrages einer weiteren Erörterung der Boden entzogen war, konnte unser Redner nur kurz diese Sache streifen. Geradezu lächerlich aber ist es, wenn nun einer, der noch am ehesten aus dem Bürgertum ein scharfes Wort gegen den Senat findet, Herr Dr. Wittern, sich zum Anwalt der Lehrer aufspielt und in ihrem Namen es zurückwies, daß sie etwas lehrten, was sie nicht glaubten. Das Vorgehen der Bremer und Hamburger Lehrer hat es zur Genüge bewiesen, daß sie die von unserem Redner bewiesenen Gewissensbedenken bei Erteilung des Religionsunterrichtes haben und daß die Anschauung-

für 'r Art hont 'r von es (uns) g'redt? — „Mer hont g'rotha“ erwiderte das Mädchen nach kurzem Zögern, „weller (welcher) ieg wohl d'r G'scheit ist em Doraf!“ — „So, verlesste Michel, „Send 'r oeneng (einig) woara?“ — „Noe,“ erwiderte die Gret, „Jeda' hot 'n andera' a'geba!“ — „Nattürlich,“ bemerkte unter Würsche, indem ihn das Vergnügen über die entlarzte Schwäche der Mädchen verhinderte zu leben, welche Gefahr er selber lief. „Wean host denn aber du a'geba?“

Es gibt eine Mischung von Unschuld, Ungeheuerlichkeit und Selbstgefälligkeit, die auch wohlwollende Naturen reizt, den Träger derselben, was man sagt, anlaufen zu lassen. Die Absicht, necken zu wollen, fordert heraus, und das Unvermögen, das in keiner Art zur Sache kommt, erweckt ein Verlangen, zu strafen. Unsere Gret fühlte einen Antriebe dazu und konnte ihm diesmal nicht widerstehen; sie erwiderte: „I hab' no' gar toen a'geba“ — i hab' toen g'wisst. Aber ieg — ieg woach e ven — and ieg muß e eila, daß e wilder zund komm. Me'r (meiner) würd g'wisst alla'n effleucht!“ — Nach einem Blick, dessen Bedeutung nicht zu verkennen war, schlüpfte sie an ihm vorbei und ging rasch weiter.

amol net sei! I gib m'r 'alle Müa ond dua', was e ka' und hab' net als Verdrub' ond Uncar (Unehre) derwo'. Noo, noo — i loß d's Geiricha sei! Aus ich ond gar ich!“

Als er bei diesem desparaten Satz angekommen war, hörte er Tritte in der Nähe und schaute auf. Es war die Gret, die mit dem Garn zurückkam. Daß sie's dem guten Michel so arg hinausgegeben, hatte sie doch ein wenig gereut, und ihr Gesicht drückte jetzt Wohlwollen und Freundlichkeit aus. Wie sie ihn aber dastehen sah mit der trotzig verlegenen Miene, da änderte sich ihre Stimmung etwas. Sie konnte sich nicht enthalten, mit neckischer Verwunderung zu fragen: „No, Michel, istst (steht du) no' allweil doh?“ — Der Würsche, aufs neue gereizt, erwiderte: „Diridowega (deinetwegen) net!“ — „D,“ versetzte Gret, „bes bild e m'r oh net ei! Kott's Blick!“ — „Do mueß e nor macha, daß e d'r bald aus da'n Dga' komm!“ — „I halt de net auf!“ rief Michel. — „Du hu!“ erwiderte die Gret, und rasch verschwand sie in dem Gange.

Michel, in dem Gefühl, daß es nun wirklich aus sei, verließ mit langsamen Schritten den Anger. Er suchte den Kaspar auf und traf ihn allein in seinem Garten. „Noh,“ sagte er unmutig zu ihm, „du host m'r 'n schöana' Rot geba', des mueß e jaga! Du bist a' g'scheiter Kerl!“ — Der Kamerad sah ihn verwundert an und sagte: „Wie so?“ — „No, doh mit deim Foppa' ond Bloga', wo d'm e'gleant host! Des ist a' Dommbeit g'wesa!“ — Kaspar ahnte, was vorgefallen war; er forderte ihn auf zu erzählen, was passiert sei, und Michel gab ihm, so gut er konnte, ein Bild von dem Verlauf der Ansprache.

Wie lächerlich die Geschichte dem Erfahrenen und Gewandten auch vorkam, so hielt er es im Moment doch weder für ratsam zu lachen, noch das Benehmen des Würschen zu tadeln. Er richtete seine Kritik gegen das Mädchen und sagte: „Ist a'n Doh!“ — „So,“ erwiderte Michel, „fick ieg oh ei?“ — „Freit ich a'n Doh, d's ärgit em ganza' Doref! Für da' Narra' hot's me' g'bett; — ond für da' Narra' dat's me' halta, so wirt's kann!“ — wana' i net g'scheiter wär! Aber doh wirt's Kiegel furg'schoba! Noe

Wöartle mea' (mehr) red e mit'r. Nemmer a'fesa' du e's (tu' ich sie!) — „No, no“, warf der Kaspar ein, „gar z'hilng muest oh net sei“. Durch des, was d'mer verzählt host, ist no' net bewies, daß's de net mag!“ — „Was“, rief Michel, „doh ich no' net bewies?“ — „Noe“, bemerkte Kaspar. „Du host sie foppa' wölla'n aus Lieb, und sie hot di g'fopp't — vielleicht oh aus Lieh!“ — Der Würsche konnte sich bei diesen Worten nicht enthalten, ein wenig zu lächeln, und rasch loderte im Michel der Zorn empor. „Wißst du me oh no' für da' Narra' haba'?“ rief er, indem er ihn grimmig anschaute. „Des net“, erwiderte Kaspar. „Aber d'Wöartle beant (tun) oft grad d's Konträre von deam, was denket! Der Spoh!“ — „Mach me net wild“, fiel Michel ein. „Wean e verspott, auf deam host e neg! Du bist a'n Esel, waur's anderst fack!“ — Kaspar zuckte die Achseln. „Du bist halt a' grober Kerl“, versetzte er. — „Weil e reht hab“, entgegnete Michel. „Doh ben e doch a' wenig z'guet dafür, daß e so'm Fraja' da' Narra'n abgibt!“ — „Net doh! Aus ich ond gar ich!“

Beim braunen Bier.

Ein Mädchen, wie die Gret gefiel natürlich mehreren ledigen Würschen. Zwei oder drei Handwerker hätten gern mit ihr anbinden mögen, aber sie erfuhr, daß sie schon angebunden war — sehr kurz nämlich ihnen gegenüber, die etwas dreist vorgehen wollten. Auch ein paar Bauernsöhne schauten sie mit großem Wohlgefallen an und einer schenkte gute Lust zu haben, sie zu dem Rang seiner Geliebten zu erheben. Es lag indes nicht in der Art des Mädchens, nach einer solchen Verbindung zu streben. Sie war zu fröhlich, um ehrgeizig zu sein, und verspürte keine Neigung, zwischen Sohn und Eltern Streit zu veranlassen und sich durch Pöbel und wilden Lärm zu einer höheren Stellung durchzukämpfen. Die Liebe, die ihr den heroischen Mut verlieh dazu gegeben hätte, meldete sich nicht, und so erfuhr der junge Würsche bei dem zweiten Annäherungsversuche eine lachende, aber deutliche Abweisung.

(Fortsetzung folgt.)

gen der Bremer und Hamburger auch in Lübeck vorhanden sind, das wissen wir durch Zuschriften aus eigener Erfahrung. Herr Dr. Wittern scheint seinen Beruf als Anwalt dahin aufzufassen, sich zum freiwilligen Anwalt eines Jeden aufzuwerfen zu müssen. Seinerzeit glaubte er auch für unseren Genossen Schwarz den Anwalt spielen zu sollen; sowie dieser sich für seine Verteidigung bedankte, so wird sich auch mancher Lehrer für seine Verteidigung bedanken und es bedauern, daß Laueheit und Zaghaflichkeit im Bürgertum es hindern, eine so eminent wichtige Sache auch nur im Kern zu erörtern. Sie müssen die Empfindung haben, daß in ernstlichen Sachen auf die Vertreter des Bürgertums kein Verlaß ist, daß sie mit ihrer Opposition den Pelz waschen wollen, ohne ihn naß zu machen.

Soziales und Parteileben.

Die 14. außerordentliche Generalversammlung des deutschen Geniefelderbundes tagt gegenwärtig in Hannover. Dieselbe wurde gestern durch Brothke-Pannover eröffnet. Redner wies darauf hin, daß die Generalversammlung sich wieder mit der Neugestaltung des Bundes zu beschäftigen habe, wie die erste hannoversche Generalversammlung nach dem Sozialisten-Gesetz. Erklärten waren alle Delegierten, sowie als Gäste 3 Vertreter des Buch- und Steindruckers-Verbandes, je 1 Vertreter der Formstecher, Photographen und Buchbinder. Die Tagesordnung wurde auf Antrag Berlin um folgende Punkte ergänzt: 1) Der internationale Kongress in Stuttgart, 2) Der internationale Lithographen-Kongress in Kopenhagen. Den Bericht des Hauptvorstandes gab Sillier in Berlin. Er wies darauf hin, daß wegen der Tabaksteuer und der geplanten Postkartensteuer eine allgemeine Agitation entfaltet worden sei, da eine große Anzahl der Kollegen in dieser Industrie beschäftigt ist. Ferner betonte er, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit nach seiner Ansicht auch weiterhin das Prinzip des Bundes sein müsse. Brall in Berlin gab den Rechenschaftsbericht des Kassierers und Wessner in Dresden den Bericht der Kontrollkommission. Hieran setzte eine lebhafte Diskussion ein, in welcher auch gegen den Hauptvorstand schwere Angriffe erhoben wurden. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde um 4 und 5 1/2 Uhr mit großer Majorität abgelehnt, um 6 Uhr dagegen angenommen.

Eine dunkle Großmacht. Über die Verletzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durch die Polizei wegen der Redakteurkonferenz schreibt die Straßburger Post:

„Das Einschreiten gegen die sozialdemokratische Fraktion, zu deren Sitzung im Reichstagsgebäude eine Anzahl sozialdemokratischer Redakteure hinzugezogen war, stellt sich immer mehr als ein selbständiges überleiteter Schritt der Berliner politischen Polizei heraus. Nachdem auch Eruchen des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg der Reichskanzler Erhebungen angeordnet hatte, ist festgestellt worden, daß weder der Minister des Innern, noch der Justizminister, sogar nicht einmal die Staatsanwaltschaft etwas von den Absichten der Polizei wußten. Auch der Polizeipräsident hat von der Absicht, die Staatsanwaltschaft anzurufen, erst Mitteilung erhalten, nachdem die politische Polizei schon die ersten Schritte getan hatte.

Recht niedlich! Die direkten Vorgesetzten erfahren also nichts davon, wenn die politische Abteilung eine hochwichtige politische Aktion einleitet. Das kann jedoch kaum wunder nehmen, denn seit den Tagen des Kölner Kommunitenprozesses im Jahre 1852 weiß man hinlänglich, daß die politische Polizei in Preußen eine dunkle Macht ist, die sich weder um Minister noch Richter zu scheren braucht. Damals empfingen die Spiegel und Melweidshelden vom Schläge eines Stiebers ihre Aufträge aus erster Hand, nämlich aus der nicht immer ganz lauberen des Gottesgnaden-Mannes Friedrich Wilhelm IV.!

Den Parteioptionen diene zur Kenntnis, daß zur Massenagitation von den Reden der Genossen Bebel, David und Singer Einzelausgaben erscheinen, die nur an die Organisationen abgegeben werden. Wegen Preisvereinbarung wende man sich an den Verlag. Die Verhandlungen über die Interpellation wegen der Wahlmachinationen des Reichstagsgewerbandes, also die Reden der Genossen Fischer und Bebel erscheinen in den nächsten Tagen ebenfalls in Broschürenform. Bestellungen erbittet die Buchhandlung Vorwärts schon jetzt.

Werkarbeiterstreik. 1200 Arbeiter der Schiffswerft „La France“ in Dänkirchen sind wegen verweigerter Lohnhöhung in den Ausstand getreten.

Zu dem Konflikt in Nordhausen veröffentlicht die Delegierten der Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins und die Preskommission in Anwesenheit der Redakteure nach einer gründlichen und allseitigen Aussprache einstimmig den Beschluß, daß der laufende Roman „Die Verlobten“ von Manzoni, weil er zu allgemeinen Klagen Veranlassung gegeben und durch ihn die Erstzählung des Blattes aufs schwerste gefährdet wurde, nach Möglichkeit verkürzt und täglich in sechs halbseitigen Spalten zum Abdruck kommen sollte. Ohne diese Maßnahmen hätte der Abdruck, der schon 35 Tage wahrte, noch 7 Monate lang gedauert. Der Roman war der dritte seit Gründung des Blattes. Der erste Roman „Tote Seelen“ von Gogol wurde, weil er einen vollständigen Mißgriff darstellte und bei den Lesern auf den größten Widerstand stieß, durch Vermittlung der Preskommission nach Abdruck des ersten Teiles abgebrochen; der zweite, „La Puerta“ von Ibanes, fand ebenfalls bei den Lesern keinen Anklang. Als während der nächsten acht Tage der leitende Redakteur keine Anstalten machte, den Beschlüssen der Preskommission Folge zu leisten, sondern fortfuhr, täglich einen größeren Teil des verfügbaren Raumes für Gedichte und nebenläufige Notizen statt für den Roman zu benutzen, legte die Preskommission entsprechend den Bestimmungen ihres Regulatoriums Beschwerde ein bei der maßgebenden Parteinstanz, der Versammlung der Delegierten der Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises. Und diese beschloß am 22. März unter Zugiehung der Mitglieder der Preskommission und der Redaktion, von der aber trotz ausdrücklicher Angabe der Tagesordnung nur der zweite Redakteur in Vertretung des ersten erschienen war, mit allen gegen die Stimme des Redakteurs, das Verfügungsrecht über den Roman, der täglich in sechs halbseitigen Spalten abgedruckt werden sollte, der Preskommission zu übertragen mit der Maßgabe, daß ein Mitglied derselben für den Roman verantwortlich zeichne. Die Ausführung dieses Beschlusses, die wegen des bevorstehenden Endes des Quartals sofort vorgenommen werden sollte, beanwortete die Redaktion mit einer Beschwerde an die nächst höheren Instanzen mit der Erklärung, die sie zuerst veröffentlichte. Daraufhin haben noch an demselben Abend die Delegierten der Ortsvereine zusammen mit der Preskommission und in Anwesenheit der beiden Redakteure in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, dem leitenden Redakteur, dem Genossen Schildbach, zum 1. Juli zu kündigen unter sofortiger

Enthebung von seiner Stellung. — Daß die Redaktion der „Nordhäuser Volkszeitung“ vor der Erschöpfung des Finanzweges an die Öffentlichkeit trat, ist allerdings auf keinen Fall zu billigen. Abgesehen scheint man auf beiden Seiten etwas überleitet gehandelt zu haben. Daß ein Roman wie die „Verlobten“ die Erstzählung eines Parteiblattes aufs schwerste gefährden kann, ist doch kaum zu glauben. Die neue Redaktion macht mit den „Verlobten“ kurzen Prozeß. Sie berichtet in ihrer heutigen Nummer: „Wir beginnen heute mit dem Abdruck eines neuen Romans. Von dem bisher zum Abdruck gebrachten Roman bringen wir heute die letzte Fortsetzung und morgen von dem unerledigten Teil desselben eine kurze Inhalts-Angabe.“ Also ein kondensierter Manzoni! Auch nicht übel!

645 611 Unfälle. Im Jahre 1903 gelangten 580 507 Unfälle bei den Berufsgenossenschaften, den Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden zur Anmeldung. Die Zahl stieg im Jahre 1904 auf 588 965. Im Jahre 1905 wurde das sechste Hunderttausend überschritten. Nach den soeben veröffentlichten Rechnungsergebnissen der deutschen Unfall-Versicherungsgenossenschaften für das Jahr 1905 gelangten 609 160 Unfälle zur Anmeldung. Wir werden uns mit der dem Reichstag zugegangenen amtlichen Publikation noch näher beschäftigen. Für das Jahr 1906 ist vom Reichstag eine vorläufige Ermittlung der Unfallziffer zugegangen. Demnach ist die Zahl der Unfälle nochmals rapid in die Höhe geschwollen. Es gelangten zur Anmeldung 645 611 Unfälle. Die Zahl der erstmalig entschädigten, also schweren Unfälle beträgt 140 270. Entschädigungen wurden im Jahre 1906 gezahlt oder angewiesen an 854 680 Verletzte, 78 559 Witwen Geldtäter, 103 564 Kinder und Enkel Geldtäter, 3882 Verwandte der aufsteigenden Linie Geldtäter. Daneben erhielten im Jahre 1906 14 362 Ehefrauen (bzw. Ehemänner), 32 826 Kinder und Enkel und 257 Verwandte der aufsteigenden Linie als Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstellungen, so daß im Berichtsjahr zusammen 1 082 670 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung im Gesamtbetrage von 142 900 086 Mk. zuteil geworden sind.

Der Schiedspruch im Fall Krohn-Konstanz lautet: 1. Der Vorwurf der Parteilichkeit, der gegen den Genossen Krohn erhoben ist, ist nicht erwiesen. 2. In bezug auf die in der Anklage behauptete Verleumdung von Parteigenossen durch Krohn ist das Schiedsgericht zu der Erkenntnis gekommen, daß beide Teile gleichmäßig gefehlt haben. 3. Daß Krohn die Parteigeländer leichtfertig verwaltet habe, ist in keiner Weise erwiesen worden. 4. Daß Krohn seine Vertrauensstellung in der Partei benützt habe, um sich materielle Vorteile zu verschaffen, ist nicht erwiesen, wohl aber hat Krohn durch sein ungeschicktes Verhalten in taktischen Fragen dazu beigetragen, solche Unschuldigungen hervorzuheben. 5. In der Entlassung eines bei Krohn beschäftigten Parteigenossen kann das Schiedsgericht keine Maßregelung im politischen oder gewerkschaftlichen Sinne erblicken, verwirft aber entschieden die brutale Form, in welcher die Entlassung erfolgt ist. 6. Das Schiedsgericht ist zu der Erkenntnis gekommen, daß beide Teile durch ihr Verhalten das Ansehen der Partei geschädigt haben. Es erwartet auf das bestimmteste, daß Genosse Krohn seine Strafanträge zurückzieht und daß die klägerische Partei ihre Feindseligkeiten einstellt. 7. Das Schiedsgericht erkennt die Verdienste Krohns um die Partei und seine opferwillige Tätigkeit in vollem Maße an. Nur weil absolut keine andere Möglichkeit vorhanden ist, daß in der Konstanz Sozialdemokratie der innere Frieden wiederhergestellt, fordert das Schiedsgericht den Genossen Krohn auf, die Leitung der Parteigeschäfte für eine bestimmte Zeit in andere Hände zu geben.

Als Kohlenzieher auf einem Schnelldampfer.

Die letzten Bergungsarbeiten des Ballastes für den großen Schnelldampfer werden beendet. Rege Tätigkeit herrscht auf dem Pier sowohl wie an Deck des Riesenkolosses, Abschiedsworte, Liebesgrüße, Ermahnungen und Scherzklänge durcheinander, ein letzter Händedruck, ein letzter Blick, dann ein dumpfes, klagendes Heulen der Dampfboje, das Fallreep wird eingezogen und langsam löst sich das Schiff von dem Pier, um von starken Schleppbooten durch die Schleuse in das offene Fahrwasser der Flußmündung gebracht zu werden.

In den in den untersten Räumen des Schiffes gelegenen Maschinen- und Heizräumen waren die Arbeiter, vom ersten Maschinisten herab bis zum einfachen Kohlenzieher, bereits in voller Tätigkeit. Der Telegraph, der die Verbindung von der Kommandobrücke mit den Maschinenräumen hergestellt, zeigte auf „Vollampf“, rastlos jagten die Rollen der Riesenmaschine in der Halle auf und ab, ein monotoner Lied singend. Die Heizräume lagen etwas weiter der Vorderseite des Schiffes zu, ein kleiner, schmaler Gang, durch den man nur gebückt schreiten kann, verband den Maschinen- und Heizraum. Kräftige, robuste Gestalten schürten hier das Feuer, die schrille, blecherne Pfeife des vierten Maschinisten gab das Zeichen zum „Auffeuern“, die Ofenklappen flogen mit lautem Geräusche auf und verschlangen die nacheinander hineingeworfenen Kohlenmassen. Durch die weiten Röhren der Ventilatoren blies ein kräftiger Wind, und doch herrschte hier eine unheilliche Hitze.

Durch die sogenannten „Schotten“ gelangt man in die Kohlenbunker, einem mächtigen Raum, der vom Grund des Schiffes bis zum dritten Deck hinaufreicht. Aber die Luft! Nicht die geringste Ventilation, eine erdrückend heiße Schwüle mit dickem Kohlenstaub gepaart bildet hier die Atmosphäre.

Der vierte Maschinist betritt diesen Raum, wo drei Kohlenzieher unermüdet kleine Körbe mit Kohlen vollfüllen. Barsch und kurz führt er sie an: „Was ist los mit Euch Kerlen? Heizraum vier ist ohne Kohlen, faules Pack! Mal 'n bißchen dalli!“

Einer der Kohlenzieher wagt eine Erwiderung: „Wir können nicht mehr als arbeiten, und dann bin ich überhaupt der einzige „Befahrene“, die beiden andern haben erst diese Reife angemustert und machen ihre erste Fahrt!“

„Halt's Maul, dumme Kerl!“ brüllte der „Vierte“. „Was wüßtest Ihr denn an, wenn Ihr's nicht vertragen könnt! Steht nicht herum und quatscht so viel.“ Dann eilte er aus dem Bunker, da er augenscheinlich die erstickende Luft nicht aushalten konnte.

Ein Oberheizer näherte sich ihm: „Die Kohlenzieher im Raum sechs wollen nicht weiter im Bunker arbeiten, weil das dort durchlaufende Dampfrohr an einer Stelle Dampf durchläßt.“

„Anjann“, sagt der Maschinist scharf, „woßlr sind Sie denn Oberheizer, wenn Sie den Kerlen keine Rason beibringen können!“

Dann eilten beide nach Heizraum Nr. 6, um die Beschädigung des Dampfrohres in Augenschein zu nehmen. Aber hinein in den Bunker geht der Maschinist nicht. Statt dessen ruft er die Kohlenzieher ganz gehörig an und droht ihnen mit „in Ketten legen lassen“. Ein-geschüchtert schlüpfen sie wieder hinein in den erstickend heißen und schwülen Raum, wo der Tod über den Köpfen aller in den glühend heißen Dampfrohren lauert — nur nicht gemückt, denn das deutsche Seemannsgesetz ist streng — wehe dem, der die Arbeit auf hoher See verweigert! Ein Jahr Gefängnis, wenn nicht mehr, sind ihm sicher.

Gewöhnlich sind es junge, unerfahrene Leute, die das Elternhaus verlassen, um dem Wandertrieb nachzugehen und „zur See“ zu fahren; vollgepfropft von guten Ermahnungen seitens der Eltern, ein straffes Känzlel auf dem Rücken, verläßt der Slingling voller Jugendlust, Illusionen und Ideale das Elternhaus. Endlich ist die Hafenstadt erreicht, und sofort eilt er zum „Heuerbureau“. Aber neue Hindernisse, neue Schwierigkeiten stellen sich ihm in den Weg. Denn das Heuerbureau der großen Schiffsahrtsgesellschaft ist vollgepfropft mit Seeleuten aller Art. Heute wird nämlich für einen Schnelldampfer gemustert und der befahrene Seemann bevorzugt, der unbefahrene in den äußersten Winkel zurückgedrängt.

Endlich, nach zwei Stunden, sind alle Klassen der Schiffsbesatzung besetzt.

„Befahrene Kohlenzieher vor!“ hallt der Ruf des blonden Schreibers, der gerade über das Eisengitter, das das eigentliche Kontor vom Warteraum trennt, hinübersehen kann. Ungefähr 70 Mann, meistens junge Leute von 17 bis 25 Jahren, drängen sich vor, auf fast allen Gesichtern liegt ein schmerzlicher Zug; die ungenügende Luft in den Kohlenbunkern hat ihr Siegel auf die Stirn der jungen Kohlenzieher geprägt. Sind keine „befahrene“ Leute mehr vorhanden, so müssen „unbefahrene“ geheuert werden. Dem jungen Manne, der auf eine anständigere Position an Bord gehofft hatte, bleibt keine Wahl: der Drang, zur See zu fahren, sowie Geldmangel und Unerfahrenheit leiten ihn, und er läßt sich anheuern. Vorher müssen jedoch alle Unbefahrenen erst zum Doktor zwecks Untersuchung, und erst wenn sie gesund befunden, werden sie an Bord gebracht, wo in den Bunkern Schlappheit, Abnahme physischer Kräfte, ja Schwindel und andere tödliche Krankheiten lauern.

„New-York in Sicht!“ Vergessen sind im Augenblick aller Kummer und Schmerz, alle erlittene Demütigungen. Sieben Tage bleibt das stolze Schiff am Pier liegen, aber ebe und verlassen liegen die dumpfen Schlaf-räume der Heizerräumen da; ungefähr 80 Mann sind defertiert, manchmal mehr.

Warum? Die Entschuldigung der Schiffsahrtsgesellschaften lautet stets: „Das Geld Amerikas hat die jungen Leute zum Weglaufen verleitet.“ Aber das stimmt nicht immer; die miserablen sanitären Zustände an Bord, der himmel-schreiende Drill seitens der Maschinisten, die rohe Behandlung seitens der Oberheizer, das alles sind hauptsächlich die Gründe und Ursachen, warum jedes Jahr ein paar hundert Männer hierbleiben, statt weiter „zur See zu fahren“.

Ernst Schauer (New-Yorker Morgen-Journal).

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 2. April.

Gewerbeschule. Im Sommerhalbjahre 1907 beginnt der Unterricht: Dienstag, den 9. April. Die Aufnahme von Schülern findet nur im Schulhause, Domkirchhof 3—4 statt in der Zeit vom 2. bis 5. April und am 8. April, vormittags 9 bis 12 Uhr und abends 7 bis 9 Uhr. Außer zu den vorstehend angegebenen Zeiten findet keine Aufnahme statt. Das Schulgeld beträgt 5 Mark halbjährlich und ist bei der Kasse der Oberstudienbehörde, Glockengießerstraße 4, bis spätestens zum 6. Mai d. J. einzuzahlen. Unbemittelten Schülern kann das Schulgeld nur erlassen werden, falls dies bei der Anmeldung d. i. in der Zeit vom 2. bis 5. April, vormittags 9 bis 12 Uhr beantragt wird.

Geht an die frische Luft! Das beste Mittel gegen die Kälte ist allerdings die Wärme, doch soll man mehr darauf achten, daß sie aus uns heraus erzeugt, als daß sie uns von außen zugeführt wird. Die rechte Wärme in unserm Körper hervorzubringen, dies ist zuerst unsere Aufgabe. Künstliche Wärme übt immer eine erschöpfende Wirkung aus, vermindert die Haut und schwächt die Nerven. Wenn wir im Winter eine niedrigere Temperatur haben, so ist dies eine Einrichtung der Natur, und wir sollen uns nicht allzu weit von ihr entfernen, sollen soviel als möglich mit ihr gleichen Schritt halten. Wir sollen uns also, soweit es unserm Körper nicht schadet, auch an die Kälte gewöhnen, und dies geschieht am besten in frischer Luft. Frische Luft läßt allezeit einen wohlthätigen Einfluß auf uns auch im Winter aus. „Stubenpflanzen werden nicht recht gedeihen. Und die sich vor Kälte ausschließlich durch die Stube und den warmen Ofen schüßen, erreichen das Gegenteil von dem, was sie wollen. Sie erschöpfen und schwächen ihren Körper, welcher dann nicht mehr so viel Wärme erzeugt, als ein gelunder und freierer dann selbst im warmen Zimmer — eine Schraube ohne Ende. Stubenhocker vermeidlichen sich und werden, wenn sie den Fuß vor die Tür setzen, von der Kälte gefaßt und geschüttelt, sie werden sich gerade leichter erkälten, als andere, weil sie empfindlich sind und immer frösteln. Wenn wir gezwungen sind, im Zimmer zu verweilen, sei die Temperatur nicht zu hoch. Je höher, desto nachteiliger. Es treibt das Blut nach dem Kopfe und macht nervös. Auch verliert der Körper an Widerstandsfähigkeit. Und wenn man aus einem Räume mit hoher Temperatur plötzlich in die Winterkälte hinausstritt, ungefähr so, als wenn man aus dem heißen Süden plötzlich in den kalten Norden treten würde, so liegt klar auf der Hand, daß ein solcher scharfer Temperaturwechsel sehr leicht nachteilige Folgen haben kann. Man gehe jeden Tag an die Luft, bei jeder Temperatur im frischen Körper aus. Man mache sich Bewegung durch Gehen, Arbeit und Sport. Dadurch wird die Blutzirkulation gefördert und beschleunigt, das Blut durch den Sauerstoffgehalt der frischen Luft gereinigt, Haut und innere Organe werden gekräftigt, die Muskeln gestärkt, die Ausdünstung befördert und die Leibwärme erhöht. Die Wangen röten sich, heitere Stimmung und Wohlbehagen tritt ein. Und unter den ältesten Leuten finden wir meist solche, welche dies in ihrem

Wegen in freier Luft gewesen sind und ihre Beschäftigung im Freien hatten.

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck finden statt: 1. In Lübeck, Restaurant Pockenhof (Wurgfeld); 2. In Mittwisch, den 3. April 1907, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1894. 3. In Mittwisch, den 3. April 1907, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1897.

Stadttheater. Aus der Theaterkassette schreibt man uns: Im Stadttheater beginnt die Sommerpielzeit am 16. Juni, nachdem die durchgreifenden baulichen Veränderungen, die das Theater zu einem gemüthlichen, intimen Aufenthalt machen, beendet sein werden. In Personalkräften sind als Gäste Max Schütz und Heinrich Tischbach vom Hamburger Thalia Theater, die auch hier bekannt sein dürften, engagiert. Vom Winterpersonal verbleiben Art. Bothar und die Herren Heydich und Fanger. Das übrige Personal ist durch hervorragende Neueingagements ergänzt worden. In Novitäten sind bis jetzt das erfolgreiche Lustspiel „Die Hochzeit von Boel“, ferner die „Scherke Polme-Satire“, der Schwank „Olympische Spiele“ und die Operette „Als früh um fünf“ erworben worden.

„Mafere Rätze“, das Lustspiel von Bogion, bildete den Schluß der diesjährigen Winteraison. Wir kommen morgen auf die Aufführung und das Stück selbst noch zurück.

Im Gausatheater begannen am 1. Ostertage die Vorstellungen des Continental-Olympia-Theaters. Am ersten Ostertage war das Haus ausverkauft. Die Darbietungen fanden den besten Beifall.

Ein verhängnisvolle Petro-leumexplosion ereignete sich Sonnabend mittags 12¹⁵ Uhr im Laden des Krämers Köhler, Michaelstraße 40. Durch die Explosion gerieten der Laden und das Treppenhäus in Brand. Die Büge 2, 3 und 1 der Feuerwehre rückten an und mußten den Rettungsapparat in Anwendung bringen, da Menschenleben in Gefahr waren. Eine Frau Hagenau Witwe hat bei dem Feuer ihren Tod gefunden, während ein Kommiss Vorchwardt schwere und der 9jährige Oskar Meinde leichte Verletzungen erlitten hat. Beide wurden ins Krankenhaus gebracht. Der 5jährige Heini Hillmer konnte unverletzt gerettet werden. Über das Unglück wird weiter berichtet: Der 22jährige Kommiss Albert Vorchwardt, der zu Anfang der Explosion sofort ins Freie geflüchtet war, kehrte bald wieder in den Laden zurück und begab sich, da er nach kurzer Zeit den Rückweg nicht mehr antreten konnte, in die zweite Etage des Hauses. Als er auch hier der Gefahr ausgesetzt war, von den Flammen ergriffen zu werden, sprang er, ohne sich zu bedenken, aus dem zweiten Stock auf Straßenniveau. Mit schweren Verletzungen wurde er von den Feuerwehrleuten, die ihn noch zugerufen hatten, er solle warten, da die Leiter schon angelegt werde, aufgehoben. Während die Mannschaften der Büge 1, 2 und 3 das Haus von allen Seiten mit mehreren Schläuchen angriffen, wagten sich einige Feuerwehrleute unter Anlegung eines Schuppelnetzes in das brennende Haus. Hier fanden die Leute in einer im zweiten Stock belegenen Wohnung einen kleinen fünfjährigen Jungen, namens Hillmer, der aus Angst unter das Bett geflüchtet war. Während einer der Leute den Jungen in Sicherheit brachte, lüchelten die anderen Feuerwehrleute weiter. Hierbei fanden sie auch auf der zum dritten Stockwerk führenden Treppe die angefochtene Leiche einer Frau, die später als die im Hause wohnende Witwe Frau E. Hagenau rekonozitiert wurde. Ein weiteres Kind wurde im dritten Stock bewußtlos vorgefunden. Es war dies der zehnjährige Knabe Oskar Meinde, der wegen Rauchvergiftung ins Gasenkrankenhaus geschafft werden mußte, wohin auch der verletzte Kommiss gebracht worden war. Das Feuer, das durch Fahrlässigkeit entstanden sein soll, hat nicht nur den ganzen Laden ausgebrannt, sondern auch das Treppenhäus bis in das oberste Stockwerk stark beschädigt.

Hamburg. Ein Großfeuer in der Gasesfabrik von H. D. Laugnese Wwe. u. Co., Alsterkrugchauffee 72, ist in der Nacht zum Sonntag ausgebrochen. Vier Büge der Hamburger Feuerwehr eilten dorthin. Um 1/2 12 Uhr hatte die Löschmannschaft das Feuer in der Gewalt, das mit 12 Rohren bekämpft worden war. Ein 50 Meter langer Lagerschuppen hatte gebrannt.

d. Gutin. Die Differenzen bei der Firma Otto Sobober, Kupfer- und Tiefbauunternehmer, sind zugunsten der Arbeiter geregelt. Herr Sobober hat den ungelerten Arbeitern 5 Pfg. pro Stunde und den gelerten Arbeitern 8 Pfg. pro Stunde zugegeben. — Arbeiter-risiko. Am Sonnabend vor Dorn hatte der Arbeiter Langbehn, beschäftigt in der Holzbearbeitungsfabrik von H. Weßphal, das Unglück, sich den Daumen der rechten Hand mit der Kreissäge fast gänzlich abzuhauen.

Aus dem Gerichtssaal.

Konstruierter „Terrorismus“. Die Haupt- und Staatsaktionen gemacht werden, enthielt eine Verhandlung der Strafkammer in Esna b r ü c k gegen einen Chauffeurarbeiter, der angeklagt war, einen 17jährigen Landratssekretär am Hauptbahnhof, als der junge Mann das Wahlrecht für seinen Herrn holen wollte, vorfälschlich körperlich mißhandelt zu haben. Der als Zeuge vernommene Schreiber gibt an, im Wahllokale habe der Angeklagte versucht, ihm auf die Hüfte zu treten, und als er, der Zeuge, seine Hüfte zurückgezogen habe, sei er von jenem mit Holzschuhen vor das Schienbein gestoßen worden. Auf die wiederholte Frage des Vorsitzenden, der Richter und des Staatsanwalts, ob die Fußstapfen auch „weggetan“ hätten, antwortete der Zeuge wiederholt mit einem entschiedenen „Nein!“ Der Staatsanwalt stellte erwidert die Frage an die Richter, ob man die Verhandlung nicht aussetzen wolle, da offenbar eine Körperverletzung gar nicht vorliege. Das Gericht fuhr jedoch in der Verhandlung fort. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Herr Landrat in Person den Strafantrag geschrieben und die Mutter des Zeugen das Schriftstück unterzeichnet habe. Die Frau war von dem Landrat zu diesem Zweck aus dem Amt gerufen worden. Auf Anfragen des Verteidigers erklärte der Zeuge schließlich, der Herr Landrat habe ihm gedroht, er werde ihn vom Landratsamt entlassen, wenn er nicht alles sage und den Strafantrag von der Mutter besorge. Die weitere Beweisaufnahme ergibt, daß der Angeklagte und der Schreiber des Landrats nichts miteinander gehabt haben. Das Urteil lautete dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf kostenlose Freisprechung. Also kamen der Landrat und der Reichsliederverband um ein fetttes Terrorisimusmärchen.

Den Kriegsminister beleidigt. Das Schöffengericht in Koburg verurteilte den Geschäftsreisenden Eckardt aus Arnstadt wegen Beleidigung des preussischen Kriegsministers um 300 Mark Geldstrafe. Der Antrag des Anklagevertreters lautete auf sechs Monate Gefängnis. Den Strafantrag hatte der Kriegsminister v. Einem gestellt.

Aus Nah und Fern.

Selbstmord aus Furcht vor dem Weltuntergang. Aus Königsberg (Neumark) wird berichtet: Vor dem Untergang der Welt fürchtete sich der zwölfjährige Schuljunge Richard Goltz in Nieder-Wörlsdorf. Als am 19. März, Nachmittags gegen 4 Uhr, ein furchtbares Unwetter, verbunden mit Sturm, Gewitter und Schneegestöber, heraufzog und es plötzlich so dunkel wurde wie in der Nacht, war der Junge aus dem Wohnzimmer seines Pflegevaters, des Kofathen Gottlieb Haake, verschwunden, hatte sich in die Scheune begeben und dort erhängt. Vorher hatte er zu seinen Mitschülern geäußert, daß er sich, wenn wirklich die Welt untergehen sollte, vorher aufhänge.

Eine aufgelöste Schutzmanns-Gewerkschaft. Sang- und klanglos ist vor 14 Tagen der Verein der Schutzleute in Kattlerklautern auseinandergegangen. Und was war die Ursache der so plötzlichen Auflösung? Es war ein Danaergeschenk der Pälzischen Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik vorm. Kaiser an den Verein für die während des Streiks „treu geleisteten Dienste“ der Schutzmannschaft zum Schutze der lieben Arbeitswilligen. Hier hatten sich die Diener der heiligen Hermenab in so hervorragendem Maße beteiligt, daß die ihren Arbeitern gegenüber nicht gerade splendide Firma einen Griff in den Sack tat und 600 Mark für die ihr zur Niedernützelung der Arbeiter zuteil gemordene Hilfe spendete. Erst wurde der Betrag dem Polizeikommissar übermittelt; dieser lehnte ab, das Geld unter die Schutzleute zu verteilen, ebenso das Bürgermeisteramt, dem man den Betrag übermittelte. Darauf wurden diese 600 Mk. dem Verein der Schutzleute zugesandt. Hiervon erhielt das Bürgermeisteramt Kenntnis und verlangte vom Vorstand des Vereins Ausschluß über die Angelegenheit. Dieser weigerte sich aber, Auskunft zu geben. Hierauf soll nun der Bürgermeister verlangt haben, daß die Schutzleute entweder den Verein oder ihren Dienst aufgeben. Sie haben das erstere vorgezogen. Mit welchem Recht der Bürgermeister dieses Ultimatum an die Schutzleute stellte, ist aus den Zeitungsmeldungen nicht recht ersichtlich, ebensowenig weiß man, wo der Judaslohn — die 600 Mk. — hingekommen sind. So hat diese Organisation durch die Liebesgabe einer in Arbeiterfreundlichkeit machenden Firma ein klägliches Ende erreicht.

Die Kirche für den Rückschritt. Betreffs der Feuerbestattung wird in heftigen Blättern ein Erlaß des bischöflichen Ordinariats in Mainz veröffentlicht: 1. Jedem katholischen Christen ist es streng verboten, einem Feuerbestattungsverein als Mitglied beizutreten, Verfügungen zur Verbrennung des eigenen Leichnams zu treffen, oder den Leichnam eines anderen verbrennen zu lassen. 2. Der katholische Geistliche muß jede Beteiligung an einer Feuerbestattung, im besonderen also die Einsegnung des Leichnams, sei es im Krematorium, oder in der Friedhofskapelle oder im Trauerhause, desgleichen die Begleitung der Leiche, sowie die Abhaltung der Erzscheiden ablehnen. 3. Einem katholischen Christen, der obigen Verbot seiner heiligen Kirche zuwiderhandelt, muß die Spendung der heiligen Sacramente verweigert werden. Die Kirche, die den Entdecker der Erdbewegung marterte und in den Kerker warf, unzählige Forscher auf den Scheiterhaufen stellte, handelt nun gegen ihrer fortschrittsfeindlichen Tradition, wenn sie jetzt solche Bannsprüche gegen die Feuerbestattung losschleudert.

Die stehen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes — die Kirch-Tumkerischen Mannesheeren. Wie „macht und kraftvoll“ sich die im Kirch-Tumkerischen Gewerksverein organisierten Arbeiter durch die Stärke ihrer Organisation fühlen, wie sie „mannhaft“ für die Verbesserung ihrer Lebenslage „kämpfen“, zeigt das „Demokratische Tageblatt“ in seiner Nummer vom 16. März, in der folgendes Eingekauft enthalten ist: Eine Bitte.

In Anbetracht der hohen Preise der Lebensmittel und der sonstigen Produkte fühlen wir uns veranlaßt, an die Herren Arbeitgeber von Demmin und Umgegend mit der Bitte heranzutreten um Erhöhung der Löhne in hiesiger Gegend. Es liegt uns fern, einem der betreffenden Herren irgend welche Vorschriften machen zu wollen; daß aber Familien von vier bis sechs Köpfen mit einem wöchentlichen Verdienst von 9, 12 und 15 Mk. nicht in der Lage sind, bei den jetzigen Verhältnissen zu bestehen, ist wohl ohne weiteres klar, zumal wenn Krankheit den Ernährer zwingt, oft wochentag keine Beschäftigung aufzugeben. Wir stehen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, sondern unsere Forderung ist: Reform. Wir sind eine vollständig neutrale Organisation ohne Unterschied der Konfession. Deshalb haben wir uns entschlossen, auf diesem Wege an die Herren Arbeitgeber mit der Bitte heranzutreten, die Lage ihrer Arbeiter zu prüfen und zu verbessern.

Der Vorstand des Gewerksvereins der Fabrik und Handarbeiter (Kirch-Tumker) Demmin. De- und mehrkäftiger haben organisierte Arbeiter wohl noch nie die Unternehmer angewinnelt als diese Kirch-Tumkerischen Mannesheeren. Bei einem hinausgehen aus den Fabriken hätten diese Arbeiter doch wahrlich nichts zu verlieren.

Bürgerliche Berichterstattung. Die „anständigen“ bürgerlichen Blätter Hamburgs brachten am Montag folgende Notiz: Selbstmord aus Nahrungsorgen. Gestern in später Abendstunde hat sich im Osten Berlins die Familie eines Stassenbeamten namens Blaurock, Mann, Frau und Kind, aus Nahrungsorgen durch Gas vergiftet. Blaurock war gegen ein geringes Gehalt bei einer sozialdemokratischen Klasse tätig.

Mit der letzteren Bemerkung wird also der Sozialdemokratie die Schuld an der Verzweiflungstat des Stassenbeamten zugeschoben. Wie der „Vorwärts“ berichtet, handelte es sich um einen wohl vorbereiteten Selbstmord, zu dem Blaurock nicht nur infolge Nahrungsorgen, sondern auch durch seinen leidenden Zustand getrieben wurde. Blaurock war bei einer Dichtenberger Krankenkasse mit einem Monatsgehalt von M. 85 angestellt; seit drei Tagen hatte er sich auf dem Bureau nicht mehr sehen lassen. Mit dieser Klasse hat aber die Sozialdemokratie rein gar nichts zu tun, und es ist deshalb eine bodenlose Leichtfertigkeit, wenn derartige Ullgen weiter verbreitet und damit eine ganze Partei in Mißkredit gebracht wird.

Getreidepreise. Lübeck, 30. März. Weizen, 128—133 Pfd. holl. 177—182 Mk. Roggen 118—123 Pfd. holl. 165—176 Mk. Hafer nach Qualität 170—175 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 170—175 per 1000 Kilo.

Briefkasten. F. J. Gutin. Nach dem obdenburgischen Staatsgrundgesetz müßt Ihr bezahlen. — Prolog geht Euch nächste Woche zu. Brandt, Gutin. Du müßt Deine letzte Quittung an die Expedition einsenden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Sch war f. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50, sowie deren Kolporteurs und Aussträger.



Jedes Heft ist reich illustriert!

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50, sowie deren Kolporteurs und Aussträger.